

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979 stellte den Westen vor eine Situation, in der es für ihn nur wenige Reaktionsmöglichkeiten gab. Eine Handhabe schien die Unterstützung der islamischen Gegner der sowjetischen Intervention auf der diplomatischen Ebene wie im Guerillakampf vor Ort zu bieten. Dass auch diese Kräfte keineswegs freiheitlichen Prinzipien verpflichtet waren, nahmen pragmatische „Realpolitiker“ in Kauf. Der durch blockpolitische Scheuklappen eingeengt rein instrumentelle Blick auf den politischen Islam sollte sich indes als folgenreiche Fehlperzeption erweisen.

Agnes Bresselau von Bressensdorf

Die unterschätzte Herausforderung

Afghanistan 1979, das Krisenmanagement der NATO-Staaten und der Islam als Faktor der internationalen Beziehungen

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979 symbolisierte nicht nur den Rückfall der Ost-West-Beziehungen in einen Zweiten Kalten Krieg¹. Er bildete auch einen zentralen Ausgangspunkt für die Entwicklung des Islamismus zu einem wirkmächtigen Faktor der internationalen Beziehungen in der unmittelbaren Vorgeschichte der Gegenwart². So hatte die in den 1960er Jahren eingeleitete Entspannungspolitik zwischen Ost und West, die in der Verabschiedung der KSZE-Schlussakte von Helsinki gipfelte, ihren Höhepunkt zu diesem Zeitpunkt längst überschritten. Stattdessen dominierten rüstungspolitische Debatten die internationale und innerwestliche Politik³: die sowjetische Aufrüstung mit nuklearen SS-20-Raketen, von Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Rede vor dem Internationalen Institut für Strategische Studien 1977 in die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gerückt, und die damit verbundene Sorge vor einer Verschiebung des strategischen Gleichgewichts zugunsten Moskaus; die daran anschließende, von den NATO-Partnern kontrovers ausgetragene Auseinandersetzung um die Produktion und Stationierung der sogenannten Neutronenwaffe, die in einem bündnis-

¹ Zum Begriff des Zweiten Kalten Kriegs vgl. Gottfried Niedhart, Der Ost-West-Konflikt. Konfrontation im Kalten Krieg und Stufen der Eskalation, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 557–594, hier S. 588; Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011.

² Zum Begriff der Vorgeschichte der Gegenwart vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Neue Einsichten und Erklärungsversuche, in: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016, S. 9–34.

³ Zur Krise der Entspannungspolitik vgl. Leopoldo Nuti (Hrsg.), The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985, Abingdon/New York 2009; Poul Villaume/Odd Arne Westad (Hrsg.), Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War 1965–1985, Kopenhagen 2010; Melvyn P. Leffler/Odd Arne Westad (Hrsg.), The Cambridge History of the Cold War, Bd. 3: Endings, 1975–1991, Cambridge u. a. 2010.

politischen Fiasko endete und vor allem die deutsch-amerikanischen Beziehungen nachhaltig beschädigte⁴; schließlich die Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses am 12. Dezember 1979, der eine Nachrüstung der westlichen Alliierten mit nuklearen Mittelstreckenraketen vorsah, falls binnen vier Jahren keine Verhandlungslösung mit der Sowjetunion erzielt werden konnte.

In diese aufgeheizte internationale Lage platzte an Weihnachten 1979 die für die bundesdeutsche Öffentlichkeit überraschende Nachricht vom Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan⁵. Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte Moskau in einem Land außerhalb des Warschauer Pakts offen militärisch interveniert – die Ära der Détente schien damit endgültig beendet. Hatten die NATO-Partner nur zwei Wochen zuvor mit dem Nachrüstungsbeschluss noch einmal einen bündnispolitischen Kraftakt vollbracht, schien die Krise der Allianz nun erneut und umso heftiger aufzubrechen. Wie konnte auf diese Aggression Moskaus eine klare Antwort formuliert werden ohne die Chance auf eine Verhandlungslösung im Streit um die Mittelstreckenwaffen zu vergeben? Welche Rolle sollte der Westen einnehmen im Krieg zwischen den sowjetischen Truppen und Kabuler Regierungsstreitkräften einerseits sowie den bewaffneten afghanischen Widerstandsgruppen andererseits? Und schließlich: Welche langfristigen Ziele verfolgten die NATO-Partner selbst in Afghanistan?

I. Forschungsstand und Konzeption

Die geschichtswissenschaftliche Forschung hat sich in jüngster Zeit verstärkt mit dem Zweiten Kalten Krieg befasst. Aus dem Blickwinkel der bipolaren Systemkonfrontation wurden insbesondere die rüstungskontrollpolitischen Auseinandersetzungen bis zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses untersucht. Damit eng verbunden entstanden etliche Arbeiten zur Rolle der Friedensbewegungen sowie deren ideologischer Beeinflussung und finanzieller Unterstützung durch die Sowjetunion beziehungsweise die Staaten des Ostblocks⁶.

Zum Afghanistan-Konflikt selbst liegen überwiegend Arbeiten vor, die den Einmarsch Moskaus in die Geschichte der UdSSR und ihres Zusammenbruchs insgesamt einzuordnen versuchen und die globale Ebene des Kalten Kriegs fokussieren⁷. Weitere Publikationen vergleichen das sowjetische Scheitern in Afghanistan

⁴ Vgl. Klaus Wiegrefe, *Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Berlin 2005, S. 180–206.

⁵ Vgl. *Der Spiegel* vom 31. 12. 1979: „Afghanistan: ‚Wir werden sie hinausjagen‘“, S. 63f., und *Der Spiegel* vom 7. 1. 1980: „Moskaus Griff nach Afghanistan“, S. 71–85.

⁶ Vgl. Gunnar Seelow, *Strategische Rüstungskontrolle und deutsche Außenpolitik in der Ära Helmut Schmidt*, Baden-Baden 2013; Andreas Wenger (Hrsg.), *Transforming NATO in the Cold War. Challenges beyond Deterrences in the 1960s*, Routledge 2007; Gassert/Geiger/Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung*; Christoph Becker-Schaum/Philipp Gassert/Martin Klimke (Hrsg.), „Entrüstet Euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a. 2012; Jan Hansen, *Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987)*, München 2016.

⁷ Vgl. Odd Arne Westad, *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of*

mit dem amerikanischen Vietnam-Trauma⁸ oder interpretieren es als Vorgeschichte der seit 2001 andauernden „humanitären Intervention“ der NATO und des amerikanischen „Krieges gegen den Terror“⁹. Darüber hinaus kann auf erste quellenbasierte Einzelbeiträge zurückgegriffen werden, die sich auf die Frage nach dem offensiven oder defensiven Charakter der sowjetischen Invasion konzentrieren, wobei inzwischen weitgehender Konsens darüber besteht, dass Moskau darin einen notwendigen Akt der Herrschaftssicherung sah, dessen militärischer und ökonomischer Risiken sich der Kreml durchaus bewusst war¹⁰. Neben dieser Fixierung auf die Ebene der Supermächte wurden inzwischen erste Arbeiten veröffentlicht, die die kommunistische Ära Kabuls in die Gesamtgeschichte des Landes einordnen¹¹. Empirische geschichtswissenschaftliche Studien zur westlichen – insbesondere zur bundesdeutschen und westeuropäischen – Wahrnehmung des

our Times, Cambridge 2005; Alan P. Dobson, *Deconstructing and Reconstructing the Cold War*, Aldershot u. a. 1999; Robert J. McMahon, *The Cold War on the Periphery. The United States, India, and Pakistan*, New York 1994; Michael Ploetz, *Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall*, Berlin/München 2000; Anthony Arnold, *The Fateful Pebble. Afghanistan's Role in the Fall of the Soviet Empire*, Navato 1993; Milan Hauner, *The Soviet War in Afghanistan. Patterns of Russian Imperialism*, Philadelphia 1991; Tom Lansford, *A Bitter Harvest. U.S. Foreign Policy and Afghanistan*, Aldershot u. a. 2003; Helmut Hubel, *Das Ende des Kalten Kriegs im Orient. Die USA, die Sowjetunion und die Konflikte in Afghanistan, am Golf und im Nahen Osten, 1979–1991. Auswirkungen für Europa und Deutschland*, München 1995.

⁸ Vgl. Douglas A. Borer, *Superpowers Defeated. Vietnam and Afghanistan Compared*, London 1999; Gennadi Botscharow, *Die Erschütterung. Afghanistan – das sowjetische Vietnam*, Berlin 1991.

⁹ Vgl. Rasul Bakhsh Rais, *War without Winners. Afghanistan's uncertain Transition after the Cold War*, Oxford u. a. 1994; Dieter Kläy, *Der sowjetische Krieg in Afghanistan und die Folgen bis heute*, in: Claudine Nick-Miller (Hrsg.), *Strategisches versus humanitäres Denken. Das Beispiel Afghanistan*, Zürich 2009, S. 103–135; Geoff Shaw/David Spencer, *Fighting in Afghanistan. Lessons from the Soviet Intervention, 1979–89*, in: *Defense & Security Analysis* 19 (2003), S. 177–188.

¹⁰ Vgl. David N. Gibbs, *Die Hintergründe der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979*, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg*, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 291–314; Bernhard Chiari, *Kabul 1979. Militärische Intervention und das Scheitern der sowjetischen Dritte-Welt-Politik in Afghanistan*, in: Andreas Hilger (Hrsg.), *Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945–1991*, München 2009, S. 259–280; Evguénia Obitchkina, *L'intervention de l'union soviétique en Afghanistan*, in: *Revue d'histoire diplomatique* 120 (2006), S. 155–169, und Pierre Allan/Dieter Kläy, *Zwischen Bürokratie und Ideologie. Entscheidungsprozesse in Moskaus Afghanistankonflikt*, Bern u. a. 1999. Zu den afghanisch-sowjetischen Beziehungen insgesamt vgl. Paul Robinson/Jay Dixon, *Aiding Afghanistan. A History of Soviet Assistance to a Developing Country*, London 2013.

¹¹ Vgl. Thomas Barfield, *Afghanistan. A Cultural and Political History*, New Jersey/Oxford 2010; Konrad Schetter, *Kleine Geschichte Afghanistans*, München 2010; Antonio Giustozzi, *War, Politics and Society in Afghanistan, 1978–1992*, Washington D.C. 2000; Bernhard Chiari, *Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan*, Paderborn u. a. 2006; William Maley, *The Afghanistan Wars*, New York 2002; M. Hassan Kakar, *Afghanistan. The Soviet Invasion and the Afghan Response, 1979–1982*, Berkeley/Los Angeles/London 1995; Assem Akram, *Histoire de la guerre d'Afghanistan*, Paris 1998, und Eric Bachelier, *L'Afghanistan en guerre. La fin du grand jeu soviétique*, Lyon 1992.

Afghanistan-Konflikts, die den bündnisinternen Diskurs über Motive, Taktik und Strategien der sowjetischen Führung und die daraus resultierenden Entscheidungsprozesse analysieren, sind bislang dünn gesät¹².

Wenig Aufmerksamkeit erhielten auch die Debatten um einen angemessenen Umgang der NATO-Partner mit den afghanischen Widerstandsbewegungen, die sich gegen das kommunistische Regime und die sowjetischen Truppen formiert hatten. Zwar ist sich die Forschung einig, dass diese Gruppen schon vor dem sowjetischen Einmarsch von den USA mit Waffen versorgt wurden¹³. Offen aber ist, ob und wenn ja, unter welchen normativen und strategischen Gesichtspunkten diese Frage gerade in der Frühphase des Kriegs von den Alliierten diskutiert wurde und welche Bedeutung man der Erkenntnis beimaß, dass die rivalisierenden, oft entlang ethnischer Stammeszugehörigkeiten verfeindeten Widerstandsgruppen vor allem eines gemeinsam hatten: den Islamismus als ideologische Grundlage ihres „heiligen Kriegs“ gegen die kommunistischen Unterdrücker und Legitimation ihres bewaffneten Kampfs zur Befreiung Afghanistans vom Sozialismus¹⁴.

Hier setzt der vorliegende Beitrag an und ordnet in einem ersten Schritt den Afghanistan-Konflikt in den größeren Rahmen der krisenhaften Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten der 1970er Jahre ein. Nach dieser Perspektivenweiterung wird in einem zweiten Schritt die Wahrnehmung der Invasion durch die NATO-Staaten untersucht. Letztere agierten dabei – wie noch zu zeigen sein wird – nicht als geschlossener Verbund, sondern nutzten die Gremien des Bündnisses auf Arbeits- und Ministerebene lediglich als Möglichkeit des formellen und informellen Austausches. Besonderes Gewicht innerhalb der NATO kam neben den USA, Frankreich und Großbritannien der Bundesrepublik Deutschland zu, weshalb die Analyse auf diese vier Staaten fokussiert wird. Im Vordergrund steht hierbei einerseits die Frage, wie die Alliierten das Vorgehen des Kreml aus dem Blickwinkel des bipolaren Systemkonflikts einstufen. Andererseits wird herausgearbeitet, welche Bedeutung sie der religiösen Motivation der afghanischen Widerstandsbewegungen beimaßen. Sah man darin ein Instrument antisowjetischer Mobilisierung oder wurde der islamische Fundamentalismus auch als potenzielle

¹² Vgl. Agnes Bresselau von Bressensdorf, *Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979–1982/83*, Berlin/Boston 2015. Zu den deutsch-afghanischen Beziehungen vor 1979 vgl. Matin Baraki, *Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945–1978*, Frankfurt a. M. 1996; vgl. zur französischen Perspektive Maurice Vaïsse, *Le chemin de Varsovie. La France face à l'intervention soviétique en Afghanistan (decembre 1979 – juin 1980)*, in: *Revue d'histoire diplomatique* 120 (2006), S. 169–187.

¹³ Vgl. Gibbs, *Die Hintergründe*, in: Greiner/Müller/Walter (Hrsg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, S. 310.

¹⁴ Zur Begriffsgeschichte des Islamismus bzw. islamischen Fundamentalismus vgl. Tilman Seidensticker, *Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen*, Bonn 2015, S. 9–14; Thomas Meyer, *Was ist Fundamentalismus? Eine Einführung*, Wiesbaden 2011, S. 21–31; Thomas J. Moser, *Politik auf dem Pfad Gottes. Zur Genese und Transformation des militanten sunnitischen Islamismus*, Innsbruck 2012, und Sibylle Wentker, *Historische Entwicklung des Islamismus*, in: Dies./Walter Feichtinger (Hrsg.), *Islam, Islamismus und islamischer Extremismus*, Wien 2005.

Bedrohung für den kapitalistischen Westen empfunden? Daran anknüpfend steht drittens das diplomatische Krisenmanagement im Vordergrund: Welche politischen Konzepte und Strategien entwickelten die Verbündeten zur Lösung des Konflikts und welche Rolle spielten dabei die islamisch-arabischen Staaten der Region? Inwiefern wurden Zusammenhänge mit der schiitischen Revolution im Iran hergestellt¹⁵? Viertens untersucht der Beitrag die politische und materielle Unterstützung der afghanischen Mudschaheddin durch die NATO-Staaten. Wie versuchten letztere, die Zusammenarbeit mit radikalen, klar antidemokratisch ausgerichteten Milizen mit dem Anspruch einer demokratischen, auf westlichen Werten wie Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenrechte basierenden Außenpolitik diskursiv zu begründen? Welche nationalen ideengeschichtlichen Traditionen und Denksysteme¹⁶ der europäisch-transatlantischen Partner sind hierbei greifbar, welche Rolle spielten innenpolitische Implikationen? Abschließend wird zu diskutieren sein, ob die westlichen Akteure den Islamismus afghanischer Prägung als langfristig bedeutsamen Faktor internationaler Politik ernst nahmen oder ihn lediglich als geopolitisches und ideologisches Instrument im globalen Wettstreit des Kalten Kriegs begriffen.

II. Der Nahe und Mittlere Osten als Krisenregion

Ende der 1970er Jahre geriet der Nahe und Mittlere Osten als Krisenherd auf die internationale Tagesordnung und rückte ins Scheinwerferlicht der weltpolitischen Öffentlichkeit. Die Voraussetzungen dafür bildeten globale und regionale, zum Teil weit zurückreichende Konfliktpotenziale: Erstens die bipolare Blockstruktur der internationalen Beziehungen entlang der Trennlinien des Kalten Kriegs; zweitens die Erschließung der Ölquellen in den Golfstaaten bei gleichzeitig wachsender energiepolitischer Abhängigkeit der westlichen Industriestaaten; drittens die Nachwirkungen der Entkolonialisierung der nach dem Zweiten Weltkrieg unabhängig geworden Staaten der Region und als eine ihrer wirkmächtigen Folgen die Entstehung des sogenannten arabischen Nationalismus; und schließlich viertens die zunehmende gesellschaftliche und politische Islamisierung weiter Teile des Nahen und Mittleren Ostens. Diese verschiedenen Konfliktstränge bündelten sich in unterschiedlicher Intensität in vier Spannungsherden, die sich sukzessive wechselseitig zu überlappen begannen und die Region Ende der 1970er Jahre zu einer der bis heute gefährlichsten Krisenregionen der Welt werden ließen.

Als erster dieser Spannungsherde ist der israelisch-palästinensische Konflikt zu nennen, der sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in mehreren Wellen zu

¹⁵ Zur „Islamischen Revolution“ im Iran vgl. Frank Bösch, Zwischen Schah und Khomeini. Die Bundesrepublik Deutschland und die islamische Revolution im Iran, in: VfZ 63 (2015), S. 319–349.

¹⁶ Zum Begriff des Denksystems vgl. Tim B. Müller, Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg, Hamburg 2010.

einem langfristigen, strukturellen Konflikt entwickelte¹⁷. Nach ihrer Niederlage im „Unabhängigkeitskrieg“ Israels 1948 bildeten die arabischen Staaten eine gemeinsame Abwehrfront, die unter Führung des ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abdel Nasser¹⁸ als einem der Hauptvertreter des Panarabismus nicht nur eine Befreiung von der britischen und französischen Kolonialherrschaft forderte, sondern auch in der Vernichtung Israels ein gemeinsames Ziel fand. Die wachsende Bedeutung der arabischen Staaten für die internationale Politik zeigte sich spätestens mit dem Jom-Kippur-Krieg 1973 zwischen Ägypten und Syrien einerseits und Israel andererseits, als die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) den westlichen Industrieländern deren energiepolitische Abhängigkeit drastisch vor Augen führte. Als Ägypten unter Führung Anwar el-Sadats 1978 im Separatfriedensvertrag von Camp David das Existenzrecht Israels anerkannte und im Gegenzug den Sinai zurückerhielt, hatte sich das Land innerhalb des arabischen Lagers auf Jahrzehnte hinaus isoliert. Neben Israel war seither Kairo der wichtigste, mit umfassenden amerikanischen Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfe unterstützte, Verbündete des Westens in der Region, zumal der bis dahin prowestlich orientierte Iran seit 1979 als Stabilisierungsanker der Region ausfiel.

Damit ist bereits der zweite Konfliktherd angesprochen. In den 1960er Jahren trieb Teheran unter Schah Mohammed Reza Pahlavi die wirtschafts- und sozialpolitische Modernisierung des Lands nach westlichem Vorbild voran und wurde im Gegenzug mit umfangreichen amerikanischen Waffenlieferungen bedacht¹⁹. Mit dem Sturz des Schah im Frühjahr 1979 und der Ausrufung der Islamischen Republik durch Ayatollah Khomeini verlor der Westen abrupt einen wichtigen Partner und Öllieferanten. Die Lage spitzte sich weiter zu, als iranische Studenten im November mit Billigung Khomeinis die US-Botschaft in Teheran besetzten. Sie nahmen amerikanische Botschaftsangehörige als Geiseln und forderten die Auslieferung des Schah, der sich zu diesem Zeitpunkt in New York aufhielt²⁰. Die amerikanisch-iranische Krise, die nach diversen dramatischen Wendungen erst am 20. Januar 1981 mit der Freilassung der Geiseln beendet werden konnte, sollte zu einem zentralen Thema des US-Wahlkampfes werden, den Ronald Reagan letztlich für sich entscheiden konnte. Über ein Jahr lang wurde dadurch die Aufmerksamkeit der amerikanischen Administration und Öffentlichkeit zu einem großen Teil durch die Entwicklungen im Iran absorbiert; dies bildete die Hintergrundfolie für die Politik Washingtons in der gesamten Region.

¹⁷ Vgl. zum Folgenden Rolf Steininger, *Der Nahostkonflikt*, Frankfurt a. M. 32006.

¹⁸ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden im Folgenden arabische, iranische und paschtunische Personennamen und Begriffe in deutscher Transkription wiedergegeben.

¹⁹ Vgl. dazu Westad, *The Global Cold War*, S. 288–330. Einen kurzen Überblick zur Geschichte Irans bietet Monika Gronke, *Geschichte Irans von der Islamisierung bis zur Gegenwart*, München 2009, hier besonders S. 95–116.

²⁰ Zum Verlauf des Geiseldramas vgl. David Harris, *The Crisis. The President, the Prophet, and the Shah. 1979 and the Coming of Militant Islam*, New York 2004; Mark Bowden, *Guests of the Ayatollah. The First Battle in America's War with Militant Islam*, New York 2006; Wiegrefe, *Das Zerwürfnis*, S. 303–328, und Bösch, *Zwischen Schah und Khomeini*, S. 319–349.

Die „Islamische Revolution“ im Iran hatte nachhaltige Auswirkungen auf dessen chronisch belastete Beziehungen zum Nachbarstaat Irak, womit der dritte Spannungsherd benannt ist. Als ehemaliges britisches Mandatsgebiet war der Irak ein künstliches Gebilde, dessen territorialer Zuschnitt ethnische und religiöse Gruppenzugehörigkeiten der Bevölkerung unberücksichtigt ließ; dies hatte bis heute andauernde innerstaatliche Auseinandersetzungen und außenpolitische Grenzstreitigkeiten zur Folge. Eine zentrale innergesellschaftliche Trennlinie bildete die Spaltung der muslimischen Bevölkerung in Schiiten und Sunniten. Obwohl erstere die klare Bevölkerungsmehrheit bildeten, blieben sie von Regierungsmächtigern weitgehend ausgeschlossen, die traditionell von Angehörigen der sunnitischen Oberschicht besetzt wurden. Mit dem schiitischen Umsturz im Nachbarland Iran und der Forderung Khomeinis nach dem Export seiner revolutionären Ideen fürchtete nun die regierende, überwiegend sunnitisch geprägte Baath-Partei in Bagdad ein Überschwappen der Revolution auf irakisches Staatsgebiet.

Die Baath-Partei hatte nach ihrem Putsch 1968 unter Führung von Hassan al-Bakr eine Verfassung erlassen, die den Islam zur Staatsreligion und den Sozialismus zur ökonomischen Grundlage erklärte, was eine Annäherung an Moskau nach sich zog. 1979, wenige Monate nach der „Iranischen Revolution“, trat al-Bakr schließlich zugunsten des bislang zweiten Manns im Staate, Saddam Hussein, zurück, der den Irak schrittweise zur Diktatur ausbaute und die Weltpolitik bis in die unmittelbare Gegenwart prägen sollte. Hussein war ein glühender Anhänger des von Abdel Nasser verkörperten arabischen Nationalismus und strebte danach, gegen die „jüdische Bedrohung“ im Westen und die „persische Bedrohung“ im Osten zum Führer der arabischen Welt zu werden²¹.

Als sich Teheran in den Monaten nach der Machtübernahme Khomeinis in einer innenpolitischen Schwächeperiode befand, sah Hussein seine Chance für einen „Blitzkrieg“ gegen den Iran gekommen, um den umstrittenen, energiepolitisch und geostrategisch wichtigen Grenzverlauf entlang der Talweglinie im Schatt al-Arab gewaltsam zu revidieren²². Die Rechnung ging indes nicht auf. Der Konflikt entwickelte sich zu einem acht Jahre andauernden Stellungskrieg, in dem beide Supermächte und ihre jeweiligen Verbündeten zum Teil beide Konfliktparteien mit Waffenlieferungen unterstützten. Als 1988 nach jahrelangen Bemühungen der Vereinten Nationen schließlich ein Waffenstillstandsabkommen zwischen den Kriegsgegnern unterzeichnet werden konnte, stand die Welt vor einem verheerenden Ergebnis: Iran und Irak hatten sich wirtschaftlich ruiniert, die Gräben zwischen Arabern, Kurden und Persern hatten sich ebenso vertieft wie diejenigen zwischen Schiiten und Sunniten, neben Millionen Toten befanden sich un-

²¹ Vgl. Henner Fürtig, *Kleine Geschichte des Irak. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 2003, S. 81–96.

²² Zum Krieg zwischen Iran und Irak vgl. Nigel Ashton/Bryan Gibson (Hrsg.), *The Iran-Iraq War. New International Perspectives*, New York 2013; Rob Johnson, *The Iran-Iraq War*, Basingstoke 2011; Efraim Karsh, *Essential Histories. The Iran-Iraq War 1980–1988*, London 2002, und Henner Fürtig, *Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988*, in: Greiner/Müller/Walter (Hrsg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, S. 376–407.

zählige Menschen auf der Flucht. Insbesondere der Iran musste sich in den 1980er Jahren mit einem Heer von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen auseinandersetzen, schließlich befand sich auch sein östlicher Nachbar zeitgleich in einem jahrelangen Abnutzungskrieg: Afghanistan.

Dieser vierte Spannungsherd, der seit Ende der 1970er Jahre gärende Afghanistan-Konflikt, mündete mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen im Dezember 1979 in eine veritable internationale Krise. Das Land am Hindukusch hatte bereits in den 1950er Jahren enge Beziehungen zum Kreml aufgenommen, der nach und nach zum bedeutendsten Geber von Wirtschafts- und Militärhilfe wurde²³. Im Zuge des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts interessierte sich auch Washington zunehmend für das Land und versuchte seinen Einfluss in dem formal neutralen Afghanistan mittels Entwicklungshilfeleistungen zu vergrößern. Die 1960er Jahre entwickelten sich für Afghanistan so zu einer vorübergehenden Blütezeit und werden im Rückblick immer wieder als „goldenes Zeitalter“ verklärt²⁴.

Diese Phase relativer Stabilität endete jedoch abrupt, als Sardar Mohammed Daoud Khan im Juli 1973 mit Unterstützung der kommunistisch orientierten Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) gegen seinen Cousin, König Mohammed Zahir Shah, putschte, Afghanistan zur Republik und sich selbst zum Präsidenten erklärte²⁵. Daouds Kooperation mit den Kommunisten blieb jedoch eine brüchige Zweckgemeinschaft. Als Angehöriger des Adels wollte Daoud das verarmte und rückständige Land zwar modernisieren, nicht aber sozialistisch revolutionieren. Die DVPA ihrerseits war tief gespalten in der Frage, welches Tempo auf dem Weg zur kommunistischen Umgestaltung des Lands einzuschlagen war. Während der gemäßigte Parcham-Flügel unter Führung Babrak Karmals die Meinung vertrat, das agrarisch geprägte Afghanistan mit seiner tiefreligiösen Bevölkerung sei noch nicht reif für den Sozialismus, weshalb von einer langen Übergangsperiode ausgegangen werden müsse, plädierte die Khalq-Fraktion unter Leitung von Nur Muhammad Taraki und Hafizullah Amin für einen raschen und radikalen sozialen Wandel.

Zunächst aber schien die gemeinsame Aversion gegen die Politik des Präsidenten die Partei zusammenzuhalten. Am 27. April 1978 putschte sie sich mit Hilfe des Militärs geschlossen an die Macht, setzte Daoud ab und rief die Demokratische Republik Afghanistan aus. In der neuen „Revolutionsregierung“ übernahm Taraki die Ämter des Generalsekretärs der Partei, des Vorsitzenden des Revolutionsrats und des Ministerpräsidenten in Personalunion. Als sein Stellvertreter in allen Ämtern fungierte fortan Karmal, während Amin zum Außenminister ernannt wurde. Schon bald jedoch brach die nur mühsam überdeckte Spaltung der

²³ Vgl. Gibbs, Die Hintergründe, in: Greiner/Müller/Walter (Hrsg.), Heiße Kriege im Kalten Krieg, S. 295, und Robinson/Dixon, Aiding Afghanistan, S. 47–92.

²⁴ Vgl. Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 84–95.

²⁵ Vgl. Gibbs, Die Hintergründe, in: Greiner/Müller/Walter (Hrsg.), Heiße Kriege im Kalten Krieg, S. 291–314; Sylvain Boulouque, Der Kommunismus in Afghanistan, in: Stéphane Courtois u. a. (Hrsg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München/Zürich 2004, S. 772–792, und Rais, War without Winners, S. 25–65.

DVPA wieder auf, bei der Taraki und Amin letztlich die Oberhand behielten, die weiter die Anlehnung an Moskau suchten, ihre Parteidoktrin am Vorbild der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ausrichteten und im Dezember 1978 schließlich einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion unterzeichneten. Mit Unterstützung sowjetischer Berater wurde eine straffe Parteiorganisation aufgebaut und die sozialistische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft eingeleitet. Die radikalen Maßnahmen der Regierung stießen jedoch auf immer größeren Widerstand der afghanischen Bevölkerung, die in den kommunistischen, antireligiösen Reformen der Partei einen Angriff auf den Islam und den Ausdruck einer sowjetischen Okkupation sahen. Es mehrten sich Unruhen und Aufstände, angeführt von oppositionellen Muslimbruderschaften, die von der Regierung mit brutalen Gegenmaßnahmen vergolten wurden. Mit dem Aufstand von Herat Mitte März 1979 hatten die Konflikte schließlich eine neue Stufe erreicht, immer mehr Angehörige der afghanischen Armee liefen zur Opposition über.

Trotz wiederholter Hilfsersuchen der DVPA lehnte Moskau die Entsendung eigener Truppen zur Niederschlagung der Aufstände zu diesem Zeitpunkt ab. Und so ging der Machtkampf innerhalb der Partei in eine neue Runde, als Amin seinen Rivalen Taraki am 14. September 1979 stürzte, sich selbst zum Staatspräsidenten und Generalsekretär der DVPA küren ließ und anschließend blutige Säuberungswellen in Gang setzte. In den nächsten drei Monaten eskalierte auch die Gewalt zwischen Regierungsanhängern und den Widerstandsgruppen zunehmend, immer mehr Landesteile fielen in die Hand der Aufständischen. Am 24. Dezember 1979 marschierten schließlich sowjetische Truppen über die afghanische Grenze und eroberten zwei Tage später Kabul, wobei Amin unter ungeklärten Umständen zu Tode kam²⁶. Noch am Abend desselben Tags übernahm der von Moskau protegierte Babrak Karmal die Ämter des Vorsitzenden des Revolutionsrats, des DVPA-Generalsekretärs und des Ministerpräsidenten. Afghanistan wie auch die Region des Nahen und Mittleren Ostens insgesamt befanden sich Ende der 1970er Jahre somit in einem prekären Zustand der politischen, religiösen und ethnischen Instabilität.

III. Die NATO und der Weg zur sowjetischen Invasion

Seit der kommunistischen „Aprilrevolution“ war die afghanische Entwicklung regelmäßig Thema in den Beratungen der NATO-Partner. Im Vordergrund der Debatten stand zunächst die Frage, welche Rolle Moskau beim Putsch der DVPA gespielt hatte. Andreas Meyer-Landrut, Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt, urteilte in einem Schreiben an Bundesminister Hans-Dietrich Genscher vom Juli 1978, eine aktive Teilnahme des Kreml am April-Umsturz sei „nicht nachweisbar

²⁶ Die CIA ging davon aus, dass Hafizullah Amin von den Sowjets ermordet worden war. Ein endgültiger Beweis hierfür konnte jedoch nicht erbracht werden; vgl. Douglas MacEachin, *Predicting the Soviet Invasion of Afghanistan. The Intelligence Community's Record*, Washington D.C. 2002, S. 33–35.

und eher unwahrscheinlich²⁷. Diese Ansicht wurde auch von der CIA geteilt²⁸. Nichtsdestoweniger waren die Diplomaten und Geheimdienste in Bonn und Washington überzeugt, dass der Kreml auf eine dauerhafte Bindung und Kontrolle des Kabuler Regimes hinarbeitete, um seinen Einflussbereich auf Iran und Pakistan sukzessive auszudehnen und sich langfristig Zugang zum Persischen Golf und Indischen Ozean zu verschaffen. Dabei sei das bislang vorsichtige, zurückhaltende Taktieren der Sowjets ein Beleg dafür, dass diese sich durchaus bewusst seien, welche verheerende außenpolitische Folgen ein aktives Eingreifen für Moskau haben könne.

Je mehr sich das Kräfteverhältnis im afghanischen Bürgerkrieg allerdings zugunsten der Aufständischen verschob, umso intensiver diskutierte Bonn mit seinen Partnern über die Frage, ob und wenn ja, wann die Sowjetunion einmarschieren würde, um das schwächelnde Amin-Regime an der Macht zu halten. Obwohl die NATO-Partner über die täglichen Berichte ihrer Botschaften in Kabul und ihrer Nachrichtendienste, insbesondere der CIA²⁹, laufend über die aktuelle Lage vor Ort und die wachsende militärische Präsenz der Sowjetunion unterrichtet waren, bestand in Bonn, Paris, London und Washington Unsicherheit darüber, wie diese Entwicklung politisch einzuschätzen sei. Zwei Aspekte galt es gegeneinander abzuwägen: Einerseits war offensichtlich, dass ein militärisches Eingreifen schwerwiegende außenpolitische Folgen für Moskau haben würde. Die Glaubwürdigkeit der sowjetischen „Dritte-Welt“-Politik³⁰ und der Ost-West-Entspannungsprozess, der bereits durch die zunehmend aufgeheizten Debatten um die westliche Nachrüstung erheblich beeinträchtigt wurde, hätten nachhaltigen Schaden nehmen können. Andererseits hätte ein möglicher Zusammenbruch der kommunistischen Regierung in Kabul einen deutlichen Prestigeverlust für Moskau dargestellt, wäre damit doch vor den Augen der Welt der unaufhaltsame Vormarsch des Sozialismus auf dem Weg zur Weltrevolution ad absurdum geführt worden. Wofür würde sich Moskau also im Zweifel entscheiden – für die ideologische Gesichtswahrung oder für die außenpolitische Ratio?

Wie diese Frage jeweils beantwortet wurde, hing weniger von einzelnen, oftmals widersprüchlichen Berichten der Botschafter und Nachrichtendienste vor Ort ab als vielmehr von der politischen Verortung des jeweiligen Betrachters. Bes-

²⁷ Schreiben des Leiters der Abt. 3 des Auswärtigen Amtes (AA), Ministerialdirektor Andreas Meyer-Landrut, an das Ministerbüro, Staatssekretär (StS) Günther van Well und Bundesminister (BM) Hans-Dietrich Genscher v. 3. 7. 1978, Betr.: Lage in Afghanistan, hier: Besuch des Ministerialdirigenten Jens Petersen in der Demokratischen Republik Afghanistan, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PAAA), B 1, MB (ZA), Bd. 178766.

²⁸ Vgl. MacEachin, *Predicting the Soviet Invasion*, S. 8. Auch David N. Gibbs geht davon aus, dass Moskau nicht direkt an dem April-Putsch mitgewirkt hat; vgl. Gibbs, *Die Hintergründe*, in: Greiner/Müller/Walter (Hrsg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, S. 301.

²⁹ Zu den Berichten der CIA vgl. Note d'information du Ministre de l'intérieur, 3.5.1979, Objet: La situation actuelle en Afghanistan selon un rapport "secret" de la C.I.A., in: Archives du Ministère des Affaires Étrangères (künftig: AMAE), Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1963, und MacEachin, *Predicting the Soviet Invasion*, S. 6–35.

³⁰ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden darauf verzichtet, den Begriff der „Dritten Welt“ in Anführungszeichen zu setzen.

tes Beispiel hierfür waren die Auseinandersetzungen innerhalb der US-Administration. Präsident Jimmy Carter war 1977 mit dem Programm angetreten, das amerikanische Vietnam-Trauma endgültig hinter sich zu lassen und durch eine neue, moralisch grundierte Außenpolitik abzulösen, in deren Zentrum die Verteidigung der Menschenrechte stehen sollte³¹. Dieser idealistische, teils missionarische Ansatz wurde innerhalb der Regierung vor allem von Außenminister Cyrus Vance vertreten. Der Sicherheitsberater Carters, Zbigniew Brzezinski, hingegen galt als Verfechter klassisch realpolitischer Maximen und hatte sich mit seinem aggressiven Antikommunismus als Hardliner des rechten Flügels einen Namen gemacht³². Er versuchte seinen Präsidenten seit April 1978 davon zu überzeugen, dass der kommunistische Putsch in Kabul Teil einer langfristigen sowjetischen Strategie sei, um die Hegemonie über den Mittleren Osten und Zugang zum Persischen Golf zu erlangen³³. Im September 1979 empfahl er deshalb, die amerikanisch-afghanischen Beziehungen abubrechen und die sowjetische Strategie durch verdeckte Operationen der CIA zu unterlaufen. Dass dadurch eine sowjetische Intervention überhaupt erst provoziert werden könnte, relativierte er mit dem Hinweis, dies sei ohnehin das Ziel Moskaus³⁴. Vance konnte sich jedoch zu diesem Zeitpunkt zumindest mit der Empfehlung durchsetzen, die diplomatischen Beziehungen zu Kabul vorerst aufrechtzuerhalten, moderate wirtschaftliche Hilfsleistungen an Afghanistan fortzusetzen und die weitere Entwicklung abzuwarten³⁵.

Auch in London herrschte Dissens. Mit Margaret Thatcher war im Frühjahr 1979 eine Premierministerin in No. 10 Downing Street eingezogen, die eine strikt antikommunistische Linie vertrat und in bewusster Abgrenzung zur ihrem Vorgänger James Callaghan und der Labour Party eine grundsätzlich harte Haltung gegenüber Moskau forderte³⁶. Ihrer Meinung nach war der Einflussgewinn der

³¹ Zur Außenpolitik der Carter-Administration vgl. Friedbert Pflüger, *Die Menschenrechtspolitik der USA. Amerikanische Außenpolitik zwischen Idealismus und Realismus 1972–1982*, München/Wien 1983, und Wiegrefe, *Das Zerwürfnis*.

³² Vgl. John Dumbrell, *American Foreign Policy. Carter to Clinton*, London 1997, S. 53–58, und John Patrick Diggins, Ronald Reagan and the Making of History, New York 2007, S. 11–17. Neben Zbigniew Brzezinski zählten Verteidigungsminister Harold Brown und Energieminister James R. Schlesinger zu den Hardlinern in Washington, die schon früh für militärische Gegenmaßnahmen in Afghanistan plädierten, um den sowjetischen Einfluss einzudämmen. Vgl. dazu Hubel, *Das Ende des Kalten Kriegs im Orient*, hier besonders S. 40–46.

³³ Vgl. MacEachin, *Predicting the Soviet Invasion*, S. 9f.

³⁴ Die Forschung geht davon aus, dass die CIA den afghanischen Aufständischen bereits seit Juli 1979, zunächst in geringem Maße, finanzielle Unterstützung zukommen ließ; vgl. dazu Kapitel III in diesem Beitrag sowie Gibbs, *Die Hintergründe*, in: Greiner/Müller/Walter (Hrsg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, S. 309f.

³⁵ Zu den anhaltenden Differenzen zwischen Cyrus Vance und Brzezinski vgl. auch Memorandum from Marshall Breamont of the National Security Council Staff to the President's Assistant for National Security Affairs, Brzezinski, 2.5.1980, in: *Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS) 1977–1980, Volume VI, Soviet Union, Washington D.C. 2013, Dok. 276; URL: <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1977-80v06/d276> [13.8.2016]*.

³⁶ Vgl. Daniel James Lahey, *The Thatcher government's response to the Soviet invasion of Afghanistan 1979–1980*, in: *Cold War History* 13 (2013), S. 21–42, hier S. 25.

UdSSR in den letzten Jahren auf die mangelnde Führungsstärke der Carter-Administration, das Beharren Frankreichs auf einer unabhängigen Außenpolitik und die wachsenden ökonomischen Verflechtungen zwischen Westdeutschland und den osteuropäischen Staaten zurückzuführen³⁷. Den antikommunistischen Grundkonsens der konservativen Regierung und Thatchers Überzeugung von der Notwendigkeit einer britischen Führungsrolle in der globalen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion teilte auch Außenminister Peter Carrington. Gleichwohl lehnte er einen eindimensionalen Konfrontationskurs ab und plädierte stattdessen für eine pragmatische und konstruktive Politik gegenüber Moskau in enger Kooperation mit den westeuropäischen Partnern³⁸.

Auf operativer Ebene diskutierte das zuständige *South Asian Department* des Foreign and Commonwealth Office (FCO) im November 1979, wenige Wochen vor der sowjetischen Invasion, die aktuelle Lage. Für den Leiter des Referats, William White, bestand kein Zweifel, dass Moskau einmarschieren werde, falls eine Machtübernahme der Islamisten drohe³⁹. Graham Archer und Michael Howell hielten eine sowjetische Invasion hingegen nach wie vor für unwahrscheinlich. Allerdings weniger weil sie Leonid Breschnew einen solchen Schritt nicht zutrauten, sondern weil sie die Macht der Aufständischen als zu gering erachteten, um Amin tatsächlich zu stürzen⁴⁰.

Die Bundesregierung wie auch der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing vertraten die Ansicht, dass Breschnew die so mühsam erarbeiteten Entspannungspolitiken zwischen Ost und West nicht wegen Afghanistan aufs Spiel setzen würde. Ähnlich wie das Auswärtige Amt war auch das französische Außenministerium selbst am 23. Dezember 1979 noch der Überzeugung, dass Moskau nicht direkt in die Kampfhandlungen zwischen afghanischen Regierungstruppen und Aufständischen eingreifen werde – auch aus dem einfachen Grund, weil der Wintereinbruch eine schnelle und effektive Niederschlagung des Aufstands erschweren würde⁴¹. Stattdessen interpretierte man die Verstärkung der sowjetischen militärischen Präsenz lediglich als politische Unterstützung des Amin-Regimes. Das war, wie sich herausstellen sollte, eine eklatante Fehleinschätzung.

³⁷ Vgl. Richard Smith, *The UK response to the Soviet Invasion of Afghanistan: Proposals for a neutral and non-aligned Afghanistan, 1980–1981*, in: *Cambridge Review of International Affairs* 26 (2013), S. 355–373, hier S. 356.

³⁸ Vgl. Paul Sharp, *Thatcher's Diplomacy. The Revival of British Foreign Policy*, London 1997, S. 30–48.

³⁹ Letter from White, Head of the South Asian Department of the FCO, to Mallaby, Eastern European and Soviet Department of the FCO, 23. 11. 1979, Subject: Afghanistan, in: *The National Archives* (künftig: TNA), FCO 37/2132.

⁴⁰ Letter from Archer, South Asian Department of the FCO, to White, Head of the South Asian Department, 23. 11. 1979, in: TNA, FCO 37/2132; Note from M.E. Howell, FCO, 28. 11. 1979, Subject: Afghanistan: Mr Mallaby's and Mr White's Minutes, in: TNA, FCO 37/2132.

⁴¹ Télégramme No. 771/774 de Kaboul à Paris, 23.12.1979, Objet: Présence militaire soviétique en Afghanistan, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1963.

Jenseits der Differenzen im Detail bleibt festzuhalten, dass sich die Debatten der NATO-Partner schwerpunktmäßig auf die Rolle Moskaus, die sicherheits- und entspannungspolitischen Folgen einer Invasion sowie geostrategische Konsequenzen im globalen Kräftegleichgewicht der Supermächte konzentrierten. Die afghanische Entwicklung schien umso bedrohlicher, als der Westen immer mehr Einfluss im Nahen und Mittleren Osten zu verlieren schien. Von besonderer Bedeutung war hierbei die eingangs bereits skizzierte „Islamische Revolution“ im Iran im Frühjahr 1979. Als eigentliche Bedrohung wurde in diesem Zusammenhang nicht der religiöse Fundamentalismus des Khomeini-Regimes wahrgenommen, sondern die durch den Umsturz erzeugte innenpolitische Instabilität, die Moskau dazu verleiten könne, nun auch im Iran einzumarschieren und sich damit Zugang zum Persischen Golf und die Ölvorkommen der Region zu sichern⁴².

Umso verlockender erschien die Vorstellung einer politisch, wirtschaftlich und militärisch langfristig in Afghanistan gebundenen UdSSR, die ihre geostrategischen Vorteile in der Region nicht nutzen konnte. Und so begann Washington, in einer möglichen sowjetischen Intervention in Afghanistan und der damit zu erwartenden Vertrauenskrise zwischen Moskau und den Ländern der Region sowie der Dritten Welt insgesamt zunehmend Vorteile für den Westen zu sehen. Gegenüber seinen Amtskollegen André François-Poncet, David Owen und Genscher argumentierte Vance bei einem Treffen in New York am 25. September 1979 deshalb: „Der Westen sollte nicht überreagieren, falls sich die Sowjets verpflichtet fühlen, zu intervenieren. Sollen sie doch im Sumpf versinken, während der Westen mit größerer Besonnenheit reagiert.“⁴³ Auch Christopher Mallaby vom *Eastern European and Soviet Department* des FCO meinte Anfang November 1979, eine Invasion sei insofern durchaus zu begrüßen, als Moskau daraus ein erheblicher Imageschaden sowie immense militärische und politische Kosten erwachsen würden. „Die für den Westen beste Entwicklung könnte in einer allmählichen Eskalation der gegenwärtigen Situation bestehen, wodurch sichergestellt wäre, dass die Russen langsam und schmerzhaft über die Grenzen ihrer Weltmachtstellung belehrt werden, ohne dass die Dinge zu einem endgültigen Abschluss kämen.“⁴⁴

⁴² Vgl. Panagotis Dimitrakis, *The Soviet Invasion of Afghanistan: International Reactions, Military Intelligence and British Diplomacy*, in: *Middle Eastern Studies* 48 (2012), S. 511–536, hier S. 526 f.; Bösch, *Zwischen Schah und Khomeini*, S. 327–329.

⁴³ Zit. nach Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Reinhold Schenk, v. 28. 1. 1980, Betr.: Treffen der vier Politischen Direktoren am 24./25. 1. 1980, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (künftig: AAPD) 1980, München 2011, Dok. 29, S. 168–191, hier S. 173, Anm. 16. Den redaktionellen Gepflogenheiten der VfZ entsprechend wurden alle fremdsprachigen Zitate ins Deutsche übertragen mit Ausnahme derjenigen, bei denen die Beibehaltung der Originalsprache für das inhaltliche Verständnis als zwingend angesehen wurde.

⁴⁴ Letter from Mallaby, *Eastern European and Soviet Department of the FCO*, to White, Head of the *South Asian Department of the FCO*, 8. 11. 1979, Subject: Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2132. Es gab allerdings auch andere Stimmen im FCO. So argumentierte R. D. Lavers vom *South Asian Department of the FCO*, Großbritannien habe kein Interesse an einer Invasion; Letter from Lavers to Archer und White, *South Asian Department of the FCO*, 29. 11. 1979, Subject: Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2132.

Als sowjetische Truppen schließlich Ende Dezember 1979 in Afghanistan einmarschierten, waren sich die NATO-Partner einig, dass Moskau nicht nur eingegriffen habe, um Amin durch Taraki zu ersetzen, sondern auch eine vollständige militärische Besetzung des Lands plane, um den Aufstand endgültig zu brechen⁴⁵. Strittig blieb hingegen die Frage, welche langfristigen Ziele Breschnew mit dieser militärischen Aktion verfolgte. Musste der Westen das Vorgehen Moskaus als einen vorwiegend ideologisch begründeten, auf die Weltrevolution des Kommunismus zielenden Angriff sehen, der damit auch eigene Sicherheitsinteressen unmittelbar berührte? Oder handelte es sich nicht vielmehr um einen Akt defensiver Herrschaftssicherung, mit dem der Kreml versuchte, die drohende Einnahme Kabuls durch die Islamisten und ein Übergreifen religiös motivierter Aufstände auf die muslimisch geprägte Bevölkerung in den angrenzenden Südprovinzen des sowjetischen Imperiums zu verhindern⁴⁶?

Von der Beantwortung dieser Frage hing ab, welche Reaktion Europäer und Amerikaner für angebracht hielten. Carter erklärte das Vorgehen Moskaus kurzerhand zu einem Angriff auf die vitalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten⁴⁷ und erkannte unter dem immensen Druck der iranischen Geisellaffäre und der bevorstehenden Wahlen eine Chance innenpolitischer Profilierung⁴⁸. Um dem anhaltenden Vorwurf mangelnder Führungsstärke entgegenzutreten, verkündete er deshalb ohne Rücksprache mit den Alliierten unilaterale Sanktionen gegen die Sowjetunion⁴⁹ und forderte den Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau⁵⁰.

Für Thatcher war die sowjetische Invasion der beste Beleg dafür, dass der Westen bislang zu nachlässig mit dem sowjetischen Expansionsdrang in der Dritten Welt umgegangen war. Sie forderte deshalb ähnlich wie Carter eine klare, unmissverständliche Antwort an Breschnew⁵¹. Demonstrativ erklärte sie sich mit der amerikanischen Konfrontationsstrategie solidarisch und empfahl dem Britischen

⁴⁵ Aufzeichnung des Ref. 340 des AA v. 3. 1. 1980, Betr.: Lage in Afghanistan, hier: Ergebnisvermerk über die 6er-Gespräche in London am 31. 12. 1979, in: PAAA, B 37, UA 34 (ZA), Bd. 113035.

⁴⁶ Zur Rolle des Islam in den Südprovinzen der Sowjetunion vgl. Rainer Freitag-Wirminghaus, Rußland, islamische Republiken des Kaukasus und Zentralasiens, in: Werner Ende/Udo Steinbach (Hrsg.), *Der Islam in der Gegenwart*, München 2005, S. 277–305.

⁴⁷ Schreiben des deutschen Botschafters in Washington, Peter Hermes, an das AA v. 25. 1. 1980, Betr.: Rede des Präsidenten zur Lage der Union, hier: sicherheitspolitische Aspekte, in: PAAA, B 14, Ref. 201 (ZA), Bd. 120163. Zum Wortlaut der Rede vgl. Botschaft Carters über die Lage der Nation, in: *Archiv der Gegenwart* 50 (1980), S. 23225–23237.

⁴⁸ Vgl. Wiegrefe, *Das Zerwürfnis*, S. 303–328; Hubel, *Das Ende des Kalten Kriegs im Orient*, S. 40–46.

⁴⁹ Fernschreiben Nr. 46 aus Washington an das AA v. 5. 1. 1980, Betr.: Erklärung Präsident Carters zu Iran und Afghanistan, in: PAAA, B 41, Ref. 213 (ZA), Bd. 133203.

⁵⁰ Note du Ministre des affaires étrangères, 11. 6. 1980, Objet: Jeux Olympiques. Les centres de décision et la problématique, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1975; Letter from Ricketts, British Embassy at Brussels (NATO), to Broucher, East European and Soviet Department of the FCO, 27. 2. 1980, Subject: Special Political Committee (SPC) discussion on Afghanistan and Est/West relations, in: TNA, FCO 28/4004.

⁵¹ Vgl. Dimitrakis, *The Soviet Invasion of Afghanistan*, S. 514f.

Olympischen Komitee ebenfalls, den Spielen in Moskau fernzubleiben – eine Entscheidung, die zu Verwerfungen innerhalb der Regierung führte und auch in der britischen Öffentlichkeit hoch umstritten war, stellte die Politik damit doch erstmals die Freiheit und Unabhängigkeit des Sports in Frage⁵². Den von Washington verhängten ökonomischen Sanktionen stand Thatcher aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage Großbritanniens und seiner Bedeutung als traditionelle Handelsmacht allerdings skeptisch gegenüber⁵³.

Das vorrangige Ziel der Bundesregierung bildete hingegen die Aufrechterhaltung der Entspannungspolitik zwischen Ost und West und die Abschirmung Europas vor einem Zweiten Kalten Krieg. Deeskalation durch Kommunikation lautete daher das Credo, und so plädierte insbesondere Genscher unablässig für eine Weiterführung des Dialogs mit Moskau. Gerade in internationalen Krisenzeiten müsse man das Gespräch miteinander suchen, um die Motive, Interessen und Bedrohungswahrnehmungen der jeweils anderen Seite nachvollziehen zu können und gemeinsam nach einem für alle gangbaren Weg zu suchen. Unabhängig von ideologischen Differenzen, die für ihn kein Hindernis, sondern schlicht die unvermeidliche Ausgangsbasis für Verhandlungen bildeten, suchte er nach möglichen Kompromissen, die sowohl den Sicherheitsinteressen des Westens Genüge taten als auch Breschnew einen gesichtswahrenden Rückzug aus Afghanistan ermöglichen sollten⁵⁴.

Schmidt trug die entspannungspolitische Strategie des Auswärtigen Amts grundsätzlich mit – dies zeigt beispielsweise die Anfang Februar 1980 verabschiedete deutsch-französische Deklaration, in der Schmidt und Giscard erklärten, dass die Entspannung „einem neuen Schlag gleicher Art nicht standhalten würde“, und damit die Tür für weitere Gespräche mit Moskau offenhielten⁵⁵. Um die aufgeheizte Stimmung unmittelbar nach der Invasion nicht weiter zu befeuern und stattdessen die Dramatik der Ereignisse herunterzuspielen, hatte sich der Kanzler entschieden, seinen Urlaub auf Mallorca, wo er sich Ende Dezember 1979 befand, demonstrativ nicht abzubrechen⁵⁶. Für Genscher, der in entspannungspolitischen Fragen ressortgemäß eine Führungsrolle für sich beanspruchte, hatte dies den angenehmen Nebeneffekt, das unmittelbare Krisenmanagement an sich ziehen zu können⁵⁷.

⁵² Vgl. Paul Corthorn, *The Cold War and British Debates over the Boykott of the 1980 Moscow Olympics*, in: *Cold War History* 13 (2013), S. 43–66.

⁵³ Vgl. Lahey, *The Thatcher government's response*, S. 27–33. Zu den britisch-sowjetischen Beziehungen vgl. Sharp, *Thatcher's Diplomacy*, S. 183–201.

⁵⁴ Vgl. Bresselau von Bressensdorf, *Frieden durch Kommunikation*, S. 99–170.

⁵⁵ Zum Wortlaut der deutsch-französischen Erklärung vgl. Bulletin der Bundesregierung Nr. 15 v. 8. 2. 1980: Gemeinsame Erklärung anlässlich der 35. deutsch-französischen Konsultationen am 4. und 5. Februar in Paris, in: *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* (Hrsg.), *Bulletin der Bundesregierung*, Bd. 1, Bonn 1980, S. 117f.

⁵⁶ Im Anschluss an seinen Urlaub auf Mallorca hielt sich Schmidt von 7. bis 9. 1. 1980 in Madrid zu einem offiziellen Regierungsbesuch auf. Er kehrte erst am 10. 1. 1980 nach Bonn zurück.

⁵⁷ Vgl. Bresselau von Bressensdorf, *Frieden durch Kommunikation*, S. 182–195.

In Paris aber löste der amerikanische Alleingang geradezu reflexhaften Widerstand aus, und so verweigerte Giscard unter Rekurs auf die Souveränität und Unabhängigkeit französischer Außenpolitik ein gemeinschaftliches, von der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) und NATO getragenes Vorgehen⁵⁸. Carter hielt seinerseits – getrieben von der Erwartungshaltung der amerikanischen Öffentlichkeit und innerparteilichem Druck⁵⁹ – unbeirrt an seiner Politik der Bestrafung fest und beharrte gegenüber seinen europäischen Partnern auf uneingeschränkter Solidarität. Dies wiederum trug nicht unerheblich dazu bei, dass antiamerikanische Untertöne in der deutschen und französischen Öffentlichkeit, die durch die Nachrüstungsdebatte und die weit verbreitete Sorge vor einem neuen Rüstungswettlauf hervorgerufen worden waren, zunehmend lauter wurden⁶⁰.

Zwar gelang es der Nordatlantischen Allianz schließlich, eine gemeinsame Erklärung zu verabschieden, in welcher der sofortige Rückzug der sowjetischen Truppen und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des afghanischen Volks verlangt wurden. Die Westeuropäer verweigerten jedoch eine bedingungslose Solidaritätserklärung an die Vereinigten Staaten und sagten auf der gemeinsamen NATO-Tagung am 15. Januar 1980 lediglich zu, die Sanktionsmaßnahmen Carters nicht zu unterminieren⁶¹. Statt den Zusammenhalt des Westens angesichts der sowjetischen Bedrohung und der sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss zu festigen, verstärkte der Afghanistan-Konflikt die Fliehkräfte innerhalb der Allianz. Die NATO agierte dementsprechend weniger als prägender Akteur, sondern diente mit ihren Gremien vielmehr als Forum für den (zum Teil ausbleibenden) Austausch- und Abstimmungsprozess der Partner. Eines aber war den Verbündeten gemein: Im Vordergrund ihrer Interessen, Strategien und Konzepte standen entspannungs- und sicherheitspolitische Überlegungen, die den blockpolitischen Denkkategorien des Kalten Kriegs entstammten, nicht aber Analysen der gegenwärtigen und künftigen Bedeutung des Islamismus für die Region des Mittleren Ostens sowie die internationalen Beziehungen als Ganzes.

⁵⁸ Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gerold Edler von Braunmühl, v. 26.2.1980, Betr.: Gespräch des BM mit Außenminister François-Poncet am 4.2.1980, in: AAPD 1980, Dok. 39, S. 235–238. Vgl. auch Vaïsse, *Le chemin de Varsovie*, S. 169–187, und Georges-Henri Soutou, *La guerre de cinquante ans. Le conflit Est-Ouest 1943–1990*, Paris 2001, S. 617–619.

⁵⁹ Vgl. Dumbrell, *American Foreign Policy*, S. 32–52.

⁶⁰ Vgl. Philipp Gassert, *Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik*, in: Ders./Geiger/Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung*, S. 175–202. Zur Wahrnehmung in der französischen Öffentlichkeit ist auch die Presseschau des französischen Außenministeriums zu beachten: *Note du Ministère des affaires étrangères*, 4.1.1980, *Objet: La crise afghane dans la presse française*, in: AMAE, *Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan*, 455INVA/1966.

⁶¹ Runderlass des Leiters des Ref. 213 des AA, Vortragender Legationsrat I. Klasse Alexander Arnot, v. 16.1.1980, Betr.: Sowjetische Intervention in Afghanistan, hier: NATO-Beratung vom 15.1., in: AAPD 1980, Dok. 14, S. 85–88; Telegram No. 248 from the British Ambassador at Brussels (EC), Butler, to the FCO, 15.1.1980, Subject: Foreign Affairs Council/Political Cooperation Meeting, in: TNA, FCO 28/4000.

IV. Der Islam als Vehikel des Antikommunismus

Jenseits dieser bündnisinternen Differenzen über den angemessenen Umgang mit Moskau standen die Alliierten vor der Frage, wie mit der neuen Situation in Afghanistan und dem Mittleren Osten insgesamt umzugehen war. Mögliche Ansatzpunkte für eine Konfliktregulierung im Sinne des Westens erkannten sie auf verschiedenen Ebenen: erstens die diplomatische Kooperation mit den islamisch-arabischen Ländern der Region und zweitens die politische und materielle Unterstützung der afghanischen Widerstandsgruppen.

Mit den Mitteln der Diplomatie: Die islamischen Staaten als Partner

Mit der Zuspitzung der Lage in Afghanistan gewann eine Organisation an Bedeutung, die bislang ein internationales Schattendasein geführt hatte: die Organization of Islamic Cooperation (OIC)⁶². 1969 als Zusammenschluss islamisch geprägter Länder Asiens und Afrikas gegründet, verfolgte sie im Wesentlichen zwei Ziele: Zum einen strebte sie – ähnlich wie andere zwischenstaatliche Bewegungen und Organisationen von Dritte-Welt-Ländern – nach gleichberechtigter Teilhabe an der Gestaltung der Weltpolitik und Weltwirtschaft. Zu ihren wichtigsten Organen gehören daher der vor allem von Saudi-Arabien finanzierte Islamische Solidaritätsfonds und die Islamische Entwicklungsbank zur finanziellen und entwicklungspolitischen Subventionierung ihrer strukturschwachen und rohstoffarmen Mitgliedstaaten. Zum anderen ist sie die bis heute einzige zwischenstaatliche Organisation, die einer Religion verpflichtet ist. Unter Anerkennung des Prinzips des territorialen Nationalstaats zielte sie auf die Einheit aller islamischen Länder, die gemeinsam an einer langfristigen weltpolitischen Umgestaltung arbeiten sollten. Eng damit verbunden war das Bemühen der arabisch-islamischen Staaten, ihre Position im israelisch-palästinensischen Konflikt zu stärken, was immer wieder zu internen Differenzen mit den asiatischen und schwarzafrikanischen Mitgliedern führte. Mit der Suspendierung der Mitgliedschaft Ägyptens nach dessen Separatfrieden mit Israel 1979 hatte die OIC ihre bis dahin schwerste Belastungsprobe bestanden. Doch nur wenige Monate später stand mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan erneut eines ihrer Mitglieder im Fokus internationaler Krisendiplomatie.

Auf der ersten außerordentlichen Außenministerkonferenz ihrer Geschichte, die Ende Januar 1980 in Islamabad tagte, war eine für westliche Beobachter überraschend scharfe Erklärung verabschiedet worden. Die Außenminister der OIC verurteilten die sowjetische militärische Aggression ausdrücklich als völkerrechtswidrig, verlangten den sofortigen und bedingungslosen Abzug der sowjetischen Truppen, suspendierten die Mitgliedschaft Afghanistans in der OIC und forderten ihre Mitgliedstaaten auf, die diplomatischen Beziehungen zu Kabul abzu-

⁶² Vgl. Johannes Reissner, Internationale islamische Organisationen, in: Ende/Steinbach (Hrsg.), *Der Islam*, S. 747–751, und Ellinor Schöne, *Islamische Solidarität. Geschichte, Politik, Ideologie der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) 1969–1981*, Berlin 1997.

brechen⁶³. Gleichwohl wollten die islamischen Staaten ihre ablehnende Haltung gegenüber Moskau ausdrücklich nicht als Parteinahme für die USA verstanden wissen. Die Konferenz begründete ihre Stellungnahme daher mit der strikten Nichtpaktgebundenheit der islamischen Staaten und brachte ihre Sorge zum Ausdruck, die Vereinigten Staaten könnten die Krise dafür nutzen, ihre eigene militärische Präsenz in der Region zu verstärken. Neben ihrer Afghanistan-Resolution verabschiedete die OIC deshalb eine Erklärung, in der sie ihre uneingeschränkte Unterstützung der Islamischen Republik Iran in der Geisellaffäre unterstrich und jedwede Art der Druckausübung einschließlich ökonomischer Sanktionen gegen Teheran ablehnte. Für die OIC stand also nicht die Tatsache im Vordergrund, dass ausländische Diplomaten in Teheran rechtswidrig festgehalten wurden, sondern das aus ihrer Sicht prioritäre Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ihrer Mitgliedstaaten. Mit der parallelen Verabschiedung dieser beiden Deklarationen dokumentierte sie somit ostentativ, dass sie nicht die Absicht hatte, sich in den Ost-West-Konflikt hineinziehen zu lassen⁶⁴.

Für Bonn war damit klar, dass jede politische Initiative Washingtons oder der NATO zur Beilegung des Afghanistan-Konflikts nicht nur von Kabul und Moskau, sondern auch von den islamischen Nachbarstaaten automatisch als unrechtmäßige Einmischung abgelehnt worden wäre. Um den Forderungen der westlichen Gemeinschaft nach sowjetischem Truppenrückzug dennoch Nachdruck zu verleihen und eine politische Konfliktregulierung zu erreichen, griff Genscher als zuständiger Ressortchef deshalb auf die Kooperationsmechanismen der EPZ, das Forum der EG-Außenminister, zurück. Bei der Entwicklung politischer Konzepte zur Beilegung der Krise gab auf bundesdeutscher Seite somit nicht das Kanzleramt, sondern das Auswärtige Amt den Ton an, wie die einschlägigen Aktenbestände belegen⁶⁵.

Ziel war dabei, nicht nur die Staaten der Region, sondern die Bewegung der Blockfreien insgesamt als Akteur auf die internationale Bühne zu ziehen und als Partner der Europäischen Gemeinschaft zu gewinnen. Dahinter stand eine mehrdimensionale Strategie: Erstens war es für Breschnew ungleich schwerer, einen Vorschlag zur Konfliktlösung abzulehnen, der von der Bewegung der Blockfreien

⁶³ Drahtbericht Nr. 119 des deutschen Botschafters in Islamabad, Ulrich Scheske, an das AA v. 30. 1. 1980, Betr.: Außerordentliche Islamische Außenministerkonferenz, 27. 1.-29. 1. 1980 in Islamabad, in: PAAA, Ref. 340 (ZA), Bd. 113188. Vgl. dazu auch Schöne, Islamische Solidarität, S. 198–204.

⁶⁴ Vgl. ebenda, S. 202.

⁶⁵ Konzeptionelle Papiere wurden im AA entwickelt und liegen im Kanzleramt meist in Kopie vor; eigenständige Konzepte und Initiativen des Kanzleramts fanden sich in den Akten hingegen nicht; nachvollziehbar in den entsprechenden Beständen des PAAA (B 37) und des Bundesarchivs (B 136; künftig: BArch). Auch das Bundesverteidigungsministerium beklagte die unzulängliche Informationspolitik des AA, das das Krisenmanagement im Afghanistan-Konflikt sehr stark an sich gezogen habe; Schreiben GL 23, Oberst i.G. Dietrich Genschel, an den Leiter der Abt. 2 im AA, Ministerialdirektor Klaus Blech, v. 10. 1. 1980, in: BArch, B 136/16585.

eingebraucht wurde⁶⁶. Eine solche Initiative als westliche Einmischung zu brandmarken, hätte die Länder der Dritten Welt desavouiert, um deren Gunst der Kreml-Chef umso nachdrücklicher werben musste, als er mit dem Einmarsch in das nominell unabhängige Afghanistan die Furcht vor ähnlichen Übergriffen in anderen blockfreien Ländern nachhaltig geschürt hatte. Zweitens hoffte Genscher mit diesem Vorgehen, die Afghanistan-Krise nicht zum Gegenstand einer neuerlichen Ost-West-Konfrontation werden zu lassen, sondern sie als ein Problem zwischen dem Ostblock und dem „globalen Süden“⁶⁷ deuten zu können. Drittens schließlich bildete diese Form des Krisenmanagements eine günstige Gelegenheit, um die bundesdeutschen Beziehungen zu den arabisch-islamischen Staaten, die wegen der Sonderbeziehungen zu Israel lange Zeit vernachlässigt worden waren, zu verbessern.

Bei der Entwicklung konkreter politischer Initiativen fand Genscher im britischen Außenminister Carrington seinen wichtigsten Partner auf europäischer Ebene. Anders als Thatcher, die eine solch diplomatische Initiative schlicht als „nutzlos“ disqualifizierte⁶⁸, arbeitete Carrington gemeinsam mit dem Bundesaußenminister an Konzepten für ein unabhängiges, blockfreies Afghanistan⁶⁹. Ziel war der Rückzug der sowjetischen Truppen und die Bildung einer repräsentativen afghanischen Regierung unter Beteiligung der Oppositionsgruppen. Nach britischer Vorstellung sollte diese anschließend ihre Neutralität nach österreichischem Muster erklären, während die Nachbarstaaten Pakistan, Iran, Indien, China und die beiden Supermächte entsprechende Garantieerklärungen abzugeben hätten, in denen sie versicherten, die Souveränität, territoriale Integrität, politische Unabhängigkeit und Nichtgebundenheit Afghanistans zu respektieren und jede Einmischung in dessen innere Angelegenheiten zu unterlassen. Offen blieb die Reihenfolge dieser Maßnahmen und der konkrete Zeitplan ihrer Umsetzung⁷⁰.

Eine solche Neutralisierung des Lands nach österreichischem Vorbild lehnte Genscher indes aus zweierlei Gründen ab: Zum einen sei das Land am Hindukusch nicht mit dem Status Österreichs zu vergleichen. Zum anderen warnte er vor dem Begriff der Neutralisierung und dem darin enthaltenen postimperialen Impetus britischer Außenpolitik, der das gerade erst gewonnene Vertrauen der Entwicklungsländer schlagartig zunichtemachen könne⁷¹. Trotz dieser Differenzen

⁶⁶ Runderlass des Leiters der Abt. 3, Ministerialdirektor Meyer-Landrut, v. 11.3.1980, Betr.: Neutrales und blockfreies Afghanistan, in: PAAA, B 37, UA 34 (ZA), Bd. 113036.

⁶⁷ Zum Begriff des globalen Südens vgl. Thomas Greven/Christoph Scherrer, *Globalisierung gestalten. Weltökonomie und soziale Standards*, Bonn 2005, S. 50–83.

⁶⁸ Smith, *The UK response to the Soviet Invasion of Afghanistan*, S. 361.

⁶⁹ Letter from Lavers, South Asian Department of the FCO, to Private Secretary, Alexander, 16.3.1980, Subject: Afghanistan, German paper, in: TNA, FCO 37/2272.

⁷⁰ Vermerk des AA v. 29.2.1980, Betr.: Neuner-Positionen zu einem „neutralen Afghanistan“, in: PAAA, B 37, UA 34 (ZA), Bd. 113036; Aufzeichnung des AA v. 3.3.1980, Betr.: „Neutrales Afghanistan“, Sachstand, in: PAAA, B 37, UA 34 (ZA), Bd. 113036.

⁷¹ Letter from Palliser, Under-Secretary of State and Head of the Diplomatic Service, to Private Secretary, Alexander, 22.2.1980, Subject: Visit of State Secretary van Well, in: TNA, FCO 37/2263.

im Detail zogen Carrington und Genscher an einem gemeinsamen Strang und setzten sich auf einem Treffen der EPZ im April 1980 beide dafür ein, zunächst bei den islamischen und ungebundenen Staaten für den Vorschlag eines blockfreien Afghanistan zu werben, um den Druck auf Moskau aufrecht zu erhalten⁷².

Interessanterweise spielte weder bei den britischen noch den deutschen Überlegungen die Frage eine Rolle, wie ein sozialistisches, klar atheistisch ausgerichtetes Regime und die Vorstellungen islamistischer Rebellengruppen in einer dauerhaft tragfähigen Einheitsregierung in Einklang zu bringen seien. Dass dieser innere Widerspruch zwischen kommunistischer und islamistischer Weltanschauung nicht nur die langfristige Stabilität Afghanistans, sondern – aufgrund des über nationale Grenzen hinausreichenden Geltungsanspruchs beider Ideologien – die Architektur der ganzen Region untergraben könnte, wurde nicht bedacht. Vielmehr war dieser diplomatische Vorstoß ganz von den Blockpolitiken des Kalten Kriegs geprägt.

So nahm das Auswärtige Amt Kontakt zur Organisation für Islamische Zusammenarbeit auf, um hier für die Idee eines unabhängigen Afghanistans zu werben⁷³. Dies schien auch deshalb erfolgversprechend, weil deren Mitglieder, mit Ausnahme der Türkei als NATO-Mitglied, alle der Blockfreien-Bewegung angehörten. Wenn die OIC, zu der auch der Iran und Pakistan zählten, von den Vorschlägen der EPZ hätte überzeugt werden können, wäre dies zweifellos ein erster wichtiger Schritt gewesen.

Allerdings bildeten weder die Länder der Dritten Welt noch die OIC ein homogenes Ganzes und blieben deshalb schwierige Verhandlungspartner. Zudem schienen sich die Sympathien der OIC zuungunsten des Westens zu verschieben. Auf ihrer 11. Außenministerkonferenz im Mai 1980 wurde eine deutlich weniger kritische Erklärung zum sowjetischen Vorgehen in Afghanistan als noch Ende Januar verabschiedet. Stattdessen verurteilte die OIC scharf das als Aggression wahrgenommene militärische Vorgehen der USA im Iran⁷⁴ bei dem gescheiterten Befreiungsversuch der Botschaftsgeiseln durch das US-Militär Ende April⁷⁵. Washington, so die Wahrnehmung der islamischen Staaten, war weniger daran interessiert, Afghanistan zu einem ungebundenen Land zu machen, als vielmehr den sowjetisch-afghanischen Konflikt dazu zu nutzen, die geostrategische Lage in der Region zu seinen eigenen Gunsten zu verschieben: „die Haltung der USA zu Afghanistan sollte der Verteidigung der strategischen Lage Amerikas dienen, wäh-

⁷² Letter from Coper, FCO, to White, Head of the South Asian Department, 24. 4. 1980, Subject: European Political Cooperation: Political Comitee, Rome, 23. 4. 1980: Afghanistan, in: TNA, FCO 98/896.

⁷³ Drahterlass des Leiters der Abt. 3 des AA, Ministerialdirektor Meyer-Landrut, v. 3. 7. 1980, Betr.: Besuch des BK und BM in Moskau, 30. 6.-1. 7. 1980, in: PAAA, B 37, UA 34 (ZA), Bd. 113033.

⁷⁴ Vgl. Schöne, *Islamische Solidarität*, S. 212–218.

⁷⁵ Vgl. Wiegrefe, *Das Zerwürfnis*, S. 303–328; Bösch, *Zwischen Schah und Khomeini*, S. 340 f., und Edward D. Berkowitz, *Something Happened. A Political and Cultural Overview of the Seventies*, New York 2006, S. 222.

rend die Organisation für Islamische Zusammenarbeit die Freiheit des afghanischen Volkes verteidigen⁷⁶ will.

Einen anderen Aspekt dieser Außenministerkonferenz wertete das Auswärtige Amt allerdings als ermutigendes Zeichen: Die Repräsentanten der Islamic Alliance for the Liberation of Afghanistan – eine neu gegründete Dachorganisation afghanischer Widerstandsbewegungen, die sich allerdings von Beginn an als instabile Zweckgemeinschaft erwies – hatten als Teil der iranischen Regierungsdelegation an der islamischen Außenministerkonferenz teilgenommen⁷⁷. Dort wurde ein Drei-Mann-Komitee gegründet, bestehend aus den Außenministern Pakistans, Agha Shahi, und Irans, Sadegh Ghotbzadeh, sowie Habib Chatty, dem Generalsekretär der OIC. Es erhielt den Auftrag, sich international für die Umsetzung der Januar-Resolution der OIC zu engagieren⁷⁸. Bei einem weiteren Treffen im Juni bekräftigten alle Beteiligten ihren Willen zur Bildung einer „Afghanisch-islamischen Widerstandsbewegung“⁷⁹. Diese sollte international als legitime Vertretung des afghanischen Volks und als Mitglied der Blockfreien-Bewegung anerkannt werden und eine UN-Sonderkonferenz zu Afghanistan erwirken. Von der OPEC und den islamischen Staaten wurden als Zeichen der Solidarität finanzielle Hilfe sowie der Abbruch aller Beziehungen zur Sowjetunion gefordert. Durch die Eröffnung von Büros in New York, Genf und in den Hauptstädten der OIC-Mitgliedstaaten sollte die dauerhafte Einflussnahme der Widerstandsbewegung auf die Lage in Afghanistan gesichert werden. Grundsätzliche Voraussetzung für eine anvisierte friedliche Lösung des Konflikts sei, so die OIC-Kommission, neben dem vollständigen und bedingungslosen Abzug der sowjetischen Truppen, der politischen Unabhängigkeit und Souveränität des Lands, das Erreichen echter Blockfreiheit sowie die „Sicherung der islamischen Identität Afghanistans“⁸⁰. Trotz dieses Engagements blieb die OIC ein schwacher Partner für den Westen. Dies einmal mehr, als Teheran mit dem Beginn des Iran-Irak-Kriegs im September 1980 und der anhaltenden Geisellaffäre als wichtiger Akteur zur Beilegung der Krise ausfiel und das Dreier-Komitee der OIC zu einem schwachen Duo schrumpfte.

Die Bundesregierung konzentrierte sich deshalb gemeinsam mit ihren Verbündeten auf eine der wenigen verbliebenen Handlungsoptionen, um die Lage zu stabilisieren und den Einfluss des Westens in der Krisenregion soweit wie möglich zu erhalten beziehungsweise auszubauen: Sie legte ein Stabilisierungsprogramm

⁷⁶ Presseerklärung des Generalsekretärs der OIC, Habib Chatty, vom 23. 5. 1980, zit. nach Schöne, *Islamische Solidarität*, S. 215.

⁷⁷ Zum Verlauf und den Ergebnissen der 11. Außenministerkonferenz der OIC vom 17. bis 22. 5. 1980 in Islamabad vgl. auch Schöne, *Islamische Solidarität*, S. 207–230, hier besonders S. 214–218; 11. Islamische Außenministerkonferenz, in: *Archiv der Gegenwart* 50 (1980), S. 23564f.

⁷⁸ Note of the FCO, July 1980, Subject: Afghanistan report No. 1/7, in: TNA, FCO 973/103.

⁷⁹ Schreiben der Abt. 3 des AA, an StS van Well v. 23. 6. 1980, Betr.: Gespräche der Dreier-Kommission der Islamischen Konferenz mit Vertretern des afghanischen Widerstands am 20./21. 6. 1980 auf dem Mont Pelerin bei Vevey, in: PAAA, B 37, UA 34 (ZA), Bd. 113045.

⁸⁰ Ebenda.

für den – neben Teheran – wichtigsten Nachbarstaat Afghanistans auf: Pakistan. Ihm kam in mehrfacher Hinsicht eine Schlüsselrolle zu. Wertete man den sowjetischen Einmarsch tatsächlich als ersten Schritt Moskaus auf dem Weg zum Persischen Golf, so musste man verhindern, dass das blockfreie Islamabad seine Beziehungen zu Moskau intensiviert und ebenfalls in den sowjetischen Einflussbereich integriert wurde⁸¹. Darüber hinaus bildete Pakistan das Zielland Nummer eins für zahlreiche Afghanen, die vor den Kämpfen in ihrer Heimat flohen. Die Auffanglager für Flüchtlinge, deren Zahl schon im April 1980 die Millionengrenze überstieg, belasteten den pakistanischen Haushalt und das innenpolitisch ohnehin chronisch labile Land zusätzlich. Premierminister Mohammed Zia-ul-Haq hatte seit seinem Putsch 1977 weder eine ökonomische Konsolidierung des Lands erreicht, noch konnten die historisch bedingten Disparitäten zwischen den westlichen und den benachteiligten östlichen Landesteilen in Wirtschaft, Verwaltung, Finanzen und Militär ausgeglichen werden. Stattdessen fand eine schrittweise Islamisierung der Gesellschaft statt⁸². Hinzu kam, dass die afghanischen Widerstandskämpfer im durchlässigen afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet ihren Rückzugsraum hatten, was die Gefahr in sich barg, dass sich der Krieg auf Pakistan ausweitete⁸³.

Im Januar 1980 verabschiedete die Bundesregierung deshalb ein Programm zur politischen und ökonomischen Stabilisierung Pakistans: erstens in Form humanitärer Hilfe für die Flüchtlinge – ergänzt durch umfangreiche Nahrungsmittellieferungen der Europäischen Gemeinschaft –, zweitens durch eine Aufstockung der Entwicklungshilfe⁸⁴ und drittens durch den Beginn von Umschuldungsverhandlungen⁸⁵. Dieses umfangreiche Maßnahmenpaket blieb jedoch nicht unumstritten. Schließlich trugen Bonn und seine Partner auf diese Weise dazu bei, dass das Militärregime Zia-ul-Haqs konsolidiert und innerhalb kürzester Zeit international salonfähig wurde. Moralische Bedenken mussten in Genschers Konzept einer dezidiert „realistischen“ Außenpolitik somit geostrate-

⁸¹ Aufzeichnung des Ref. 340 des AA v. 12. 2. 1980, Betr.: Politik der Bundesregierung gegenüber den Staaten der Region nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan, in: PAAA, B 37, UA 34 (ZA), Bd. 113037.

⁸² Zur innenpolitischen Entwicklung Pakistans vgl. Ian Talbot, *Pakistan. A New History*, London 2012, S. 115–141, und Khálid Durán/Munir D. Ahmed, *Pakistan*, in: Ende/Steinbach (Hrsg.), *Der Islam*, S. 336–362.

⁸³ Aufzeichnung des Kapitäns zur See Horst-Dieter Maurer, v. 29. 1. 1980, Betr.: Unterstützung der afghanischen Befreiungsbewegungen, in: AAPD 1980, Dok. 31, S. 196–201; Dimitrakis, *The Soviet Invasion of Afghanistan*, S. 527.

⁸⁴ Schreiben des Leiters des Ref. 421 des AA, Vortragender Legationsrats I. Klasse Alexander Sieger, an StS Hans Werner Lautenschlager und BM Genscher v. 15. 1. 1980, Betr.: Deutsch-amerikanisches Gespräch StS Lautenschlager/Cooper über Afghanistan, in: PAAA, B 32, Ref. 204 (ZA), Bd. 115951.

⁸⁵ Telegram No. 26 from the British Ambassador at Brussels (NATO), Rose, to the FCO, 11. 1. 1980, Subject: Afghanistan and East/West relations, in: TNA, FCO 28/3997; Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Sieger, an StS Lautenschlager und BM Genscher v. 15. 1. 1980, Betr.: Deutsch-amerikanisches Gespräch StS Lautenschlager/Cooper über Afghanistan, in: PAAA, B 32, Ref. 204 (ZA), Bd. 115951.

gischen Interessen weichen. So bekräftigte er in einem Gespräch mit dem amerikanischen Senator John Tower am 20. Februar 1980 seine Überzeugung, dass Pakistan eine entscheidende Rolle zukomme, wolle man dem sowjetischen Vordringen zu den warmen Meeren einen Riegel verschieben. „Unabhängig davon, ob einem das Militärregime Zia-ul-Haqs gefalle oder nicht“⁸⁶, müsse das Land nachhaltig stabilisiert werden.

Waffen für die Freiheit? Die Unterstützung des islamistischen Widerstands

Neben diesen diplomatischen, wirtschafts- und finanzpolitischen Initiativen zur Einbindung der islamischen Staaten war den westlichen Alliierten schon lange vor dem sowjetischen Einmarsch bewusst, dass den afghanischen Widerstandsgruppen eine zentrale Rolle zukommen würde hinsichtlich der Frage, ob das Kabuler Regime sich dauerhaft würde halten können und Afghanistan langfristig in den Einflussbereich Moskaus abrutschen würde. Im globalen Wettkampf mit dem Kommunismus war Afghanistan, wie das französische Außenministerium nüchtern festhielt, „ein Bauer in einem großen Schachspiel. Der afghanische Widerstand ist dabei der Schlüssel.“⁸⁷ Was also lag aus dieser Perspektive näher als die Aufständischen zu unterstützen? In der Tat geht die Forschung davon aus, dass die CIA den antikommunistischen Widerstand bereits mehrere Monate vor der sowjetischen Invasion finanziell und militärisch subventionierte⁸⁸. Belegt ist außerdem die Entscheidung des amerikanischen National Security Council vom 17. Dezember 1979, mit Großbritannien und Pakistan über eine weitere Aufstockung der Mittel und Waffenlieferungen sowie eine Intensivierung der Kommunikation mit den afghanischen Rebellen zu beraten, „um für die Sowjets die Fortsetzung ihrer Anstrengungen so kostspielig wie möglich werden zu lassen“⁸⁹. Und so überrascht es kaum, dass sich im Januar 1980 Paris, London und Washington geschlossen für Waffenlieferungen aussprachen⁹⁰. Von Anfang an bestand Einigkeit, dass eine solche militärische Unterstützung nicht etwa dazu dienen sollte, einen möglichst raschen Sieg der Aufständischen über das Kabuler Regime und die sowjetischen Truppen zu erreichen. Klares Ziel war vielmehr ein lang andauernder Abnutzungskrieg, der die sowjetischen Truppen dauerhaft binden sollte⁹¹. So wies Jacques Pierre Dupont, stellvertretender Abteilungsleiter im Quai d’Orsay, bei

⁸⁶ Aufzeichnung des Leiters des Ref. 204 des AA, Vortragender Legationsrat Schenk, v. 20. 2. 1981, Betr.: Gespräch des BM mit Senator Tower am 20. 2. 1981, in: PAAA, B 14, Ref. 201 (ZA), Bd. 125581, S. 7.

⁸⁷ Record of Conversation between the Foreign and Commonwealth Secretary and the French Foreign Minister at Chevening, 19. 12. 1980, in: TNA, FCO 46/2191.

⁸⁸ Vgl. Gibbs, Die Hintergründe, in: Greiner/Müller/Walter (Hrsg.), Heiße Kriege im Kalten Krieg, S. 309f.; Moser, Politik auf dem Pfad Gottes, S. 108f.

⁸⁹ MacEachin, Predicting the Soviet Invasion, S. 30.

⁹⁰ Letter of the Secretary of State, Lord Carrington, to Prime Minister, 1. 2. 1980, Subject: Afghanistan, The next steps, in: TNA, FCO 28/4001.

⁹¹ Schreiben des Leiters des Planungsstabes des AA, Ministerialdirektor Niels Hansen, an StS van Well und BM Genscher v. 20. 6. 1980, Betr.: Afghanistan, hier: Neubewertung der Interessenlage und der Zielsetzung des Westens, in: PAAA, B 9, Pl. 02 (ZA), Bd. 178431.

einem Treffen der vier Politischen Direktoren in London Ende Januar 1980 recht offenherzig darauf hin, dass es „durchaus eine Versuchung sei, die S[owjet] U[nion] im afghanischen Sumpf versinken zu lassen“⁹².

Zwar war der Bundesrepublik der Export von Rüstungsgütern in Spannungsgebiete aus verfassungsrechtlichen Gründen untersagt – ein Aspekt, auf den das Auswärtige Amt auf Nachfragen des Bundestags und der Medien stets verwies⁹³. Gleichwohl gab es auch im Auswärtigen Amt starke Befürworter solcher Waffenlieferungen. So verfasste Horst-Dieter Maurer, Mitarbeiter im Planungsstab des Auswärtigen Amtes, am 29. Januar gemeinsam mit seinem Kollegen Wilhelm Schönfelder einen Bericht mit dezidiert „realistischem“ Anspruch:

„Die Motive für die sowjetische militärische Besetzung Afghanistans sind wahrscheinlich sehr vielfältig. Für die westliche Politik kommt es aber vor allem auf Tatsachen an. [...] Die SU hat vor diesem Hintergrund durch die Besetzung Afghanistans geostrategisch eindeutig Gewinne erzielt. Ihre Truppen stehen nunmehr nur wenige hundert Kilometer entfernt von den Erdöllagerstätten im Mittleren Osten und den lebenswichtigen Schiffahrtswegen im Golf und im Indischen Ozean. [...] Ein geeignetes Mittel, die Kosten für die SU hochzuhalten, ist die Unterstützung der afghanischen Befreiungsbewegungen. [...] Am besten wäre Gerät, das den Afghanen bekannt ist, geeignet. [...] Andererseits sind die paschtunischen Krieger mit ihrer Liebe für alle Waffen wahrscheinlich in der Lage, auch sehr schnell mit westlichen Waffen umgehen zu können. [...] Auch mit erheblicher Unterstützung wird die Widerstandsbewegung keinen entscheidenden militärischen Sieg über die sowjetischen Kampfverbände erringen können. [...] Trotz der aufgezeigten Probleme und Gefahren dürfte im westlichen Interesse liegen, dass sich die SU in Afghanistan in einen längeren Guerillakrieg verwickelt [...]. Der Westen sollte in sehr diskreter Weise prüfen, ob und gegebenenfalls in welcher Form die afghanischen Widerstandsgruppen effektiv unterstützt werden können. Naheliegender wäre es, wenn Waffenlieferungen und Ausrüstungshilfe durch islamische Staaten erfolgen. Der Westen könnte diese in geeigneter Weise ermutigen und – z. B. Somalia – Kompensationen in Aussicht stellen.“⁹⁴

Folglich drehten sich die Diskussionen weniger um die Frage, ob eine militärische Unterstützung der Widerstandsgruppen mit dem Ziel eines Zermürbungskriegs mit einer wertebasierten, demokratischen Außenpolitik vereinbar war, sondern vielmehr um die konkrete Umsetzung. Da die Aufständischen ihr Rückzugsgebiet

⁹² Aufzeichnung des Leiters des Ref. 204 des AA, Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, v. 28. 1. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 29, S. 173. Dupont spielte damit auf eine Äußerung von Vest vom 25. 9. 1979 an; ebenda, S. 173, Anm. 16.

⁹³ Schreiben des Leiters der Abt. 3 des AA, Ministerialdirektor Walter Gorenflos, an MdB Alois Mertes (CDU/CSU-Fraktion) v. 30. 1. 1981, Betr.: Waffenlieferungen an den afghanischen Widerstand, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (künftig: ACDP), Nachlass Mertes, 01-403-164/3.

⁹⁴ Aufzeichnung des Kapitäns zur See Maurer, v. 29. 1. 1980, Betr.: Unterstützung der afghanischen Befreiungsbewegungen, in: AAPD 1980, Dok. 31, S. 196–201.

an der Westgrenze Pakistans hatten und von Islamabad unterstützt wurden, schien es naheliegend, dass die westlichen Waffen über Pakistan und andere arabisch-islamische Staaten der Region wie Saudi-Arabien geliefert werden mussten. Die Unterstützung der Widerstandsgruppen durch den Westen müsse allerdings „mit außerordentlich großer Diskretion“⁹⁵ behandelt werden, da waren sich die Alliierten einig. „In jedem Falle müsse der Anschein vermieden werden, dass die Unterstützung der afghanischen Rebellen als imperialistische Einmischung deklariert werde.“ Denn, so Dupont, es handle sich hierbei „um eine Materie außerhalb des Bereichs der traditionellen Diplomatie“⁹⁶.

Wie schon bei der Zusammenarbeit mit der OIC setzten die NATO-Partner auch bei den afghanischen Aufständischen auf den Islam als das verbindende Motiv der divergierenden Interessengruppen im Kampf gegen den Kommunismus. Interessanterweise wurde der Begriff des dezidiert islamischen Widerstands dabei stets eng mit dem westlichen Begriff der Freiheit verbunden. Besonders deutlich wurde dies in Großbritannien, wo die – stets antisozialistisch kodierte – „Freiheit“ zum Leitbegriff des Thatcherism avancierte⁹⁷. So erklärte Thatcher in der ersten Kabinettsitzung nach der sowjetischen Invasion Anfang Januar 1980: „Bezüglich Afghanistan war eine klare und eindeutige Haltung notwendig, um den Schaden für die politischen Interessen der Freien Welt so gering wie möglich zu halten.“⁹⁸

Es war nur konsequent, wenn die afghanischen Widerstandsgruppen in den Akten des Foreign Office durchweg als „freedom fighters“ bezeichnet wurden. Und auch die Premierministerin selbst betonte in der Öffentlichkeit unaufhörlich und explizit diese Deutung als Freiheitskämpfer, wie an einer Rede Ende Januar 1980 im House of Commons exemplarisch gezeigt werden kann:

„Who are the Russians fighting against? The newspapers call them ‚the rebels‘. [...] It is a strange word to me of people who are fighting to defend their own country against a foreign invader. Surely they are genuine freedom fighters, fighting to free their country from an alien oppressor.“⁹⁹

⁹⁵ Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk, v. 28. 1. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 29, S. 173; Letter from Secretary of State, Lord Carrington, to Prime Minister, 19. 1. 1980, Subject: Afghanistan, in: TNA, FCO 98/894. Zur Abwicklung der Waffenlieferungen vgl. Moser, Politik auf dem Pfad Gottes, S. 108 f.

⁹⁶ Beide Zitate in: Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk, v. 28. 1. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 29, S. 174.

⁹⁷ Vgl. Martina Steber, Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Habilitationsschrift, Ludwig-Maximilians-Universität München 2015 (Manuskript), S. 92–114 u. S. 453–463.

⁹⁸ Zit. nach Lahey, The Thatcher government’s response, S. 26.

⁹⁹ Margaret Thatcher, House of Commons Speech, East-West Relations, 28. 1. 1980, in: Hansard HC [977/933–45]; URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/104298> [4. 8. 2016]. Eine ähnliche Aussage traf sie auch bei einer Pressekonferenz in Venedig; vgl. Margaret Thatcher, Press Conference after Venice European Council, 13. 6. 1980, in: Thatcher Archive, COI Transcript; URL: <http://www.margaretthatcher.org/document/104378> [4. 8. 2016]. Bei diesem und dem folgenden Zitat wurde die Originalsprache beibehalten, da dies für das inhaltliche Verständnis als zwingend angesehen wurde.

Noch deutlicher verband David Atkinson, ebenfalls Abgeordneter der Konservativen, seine Forderung nach Waffenlieferungen mit dem westlichen Freiheitsbegriff gegenüber seinem Parteikollegen und Vertreter des FCO, Douglas Hurd, in der Parlamentsdebatte vom 18. Juni 1980: „Will he [Hurd] give an assurance that all possible help, aid and equipment, short of manpower, is being proved for the freedom fighters, who are fighting not only for their own freedom but for ours?“¹⁰⁰ Geradezu idealtypisch zeigt sich in diesen Ausschnitten das Weltbild des Thatcherismus, in dem Großbritannien als Vorkämpfer und Garant westlicher Freiheitswerte nach innen und außen idealisiert wurde¹⁰¹. Durch ihr Streben nach Freiheit vor sozialistischer Bevormundung wurden die islamistischen Widerstandsbewegungen zum geradezu natürlichen Verbündeten des Westens im globalen Kampf gegen den Kommunismus.

Gleichwohl bemühte sich die Thatcher-Regierung gegenüber den Medien um Zurückhaltung in der Frage von Waffenlieferungen. Denn, wie Außenminister Carrington Mitte August an seine Premierministerin schrieb:

„Das öffentliche Eingeständnis oder auch nur der Verdacht, dass wir Waffenlieferungen erwägen oder tatsächlich leisten, wäre den Afghanen nicht hilfreich, würde die Pakistani gegen uns aufbringen und könnte Reaktionen seitens der Russen provozieren. Unsere grundsätzliche Taktik der Unterstützung der islamischen Opposition sowie der ungebundenen Kräfte wird ihre Grundlage verlieren, wenn der Konflikt als Teil der Ost-West Konfrontation erscheinen sollte. Die von uns öffentlich vertretene Linie, die wir bei unterschiedlichen Gelegenheiten im Parlament formuliert haben, sollte daher darin bestehen, zum Ausdruck zu bringen, dass es wünschenswert sei, wenn der afghanische Widerstand mit dem Nötigsten versehen wird um der sowjetischen Invasion Widerstand entgegenzusetzen zu können; dass er anscheinend mit Waffen versorgt werde, und dass es für die Afghanen selber nicht hilfreich wäre, Einzelheiten bezüglich der Quellen anzugeben.“¹⁰²

Die US-Administration verwendete ihrerseits den von Thatcher abgelehnten Begriff der *rebels* zwar in internen Papieren und in den Gesprächen mit den

¹⁰⁰ David Atkinsons, in: Hansard Debates, 18.6.1980, vol. 986 cc1540–1; URL: http://hansard.millbanksystems.com/commons/1980/jun/18/afghanistan#column_1540 [4.8.2016]. Ähnlich argumentierte auch Roger Garside, Deputy Head of Planning Staff des FCO, in seinem Schreiben an Christopher Mallaby v. 14.11.1980: Es reiche nicht aus, nur schöne Reden für die Premierministerin zu schreiben, in denen die Eindämmung des sowjetischen Expansionismus in der Dritten Welt gefordert werde. Es werde Zeit, Farbe zu bekennen und den afghanischen Widerstand zu unterstützen; Letter from Garside to Mallaby, Eastern European and Soviet Department of the FCO, 12.11.1980, Subject: Afghanistan: Future policy, in: TNA, FCO 49/893.

¹⁰¹ Vgl. Dominik Geppert, *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979*, München 2002, S. 61–144; Ben Jackson/Robert Saunders (Hrsg.), *Making Thatcher's Britain*, Cambridge 2012, und Richard Vinen, *Thatcher's Britain. The Politics and Social Upheaval of the Thatcher Era*, London u. a. 2009.

¹⁰² Note of the Secretary of State, Lord Carrington, 19.8.1980, Subject: FCS/80/141: Help for the Afghan resistance, in: TNA, PREM (Prime Minister's Office) 19/387, S. 1.

NATO-Partnern¹⁰³. Allerdings ist eine rhetorische Akzentverschiebung in der öffentlichen Argumentation erkennbar, die vorwiegend durch den Amtsantritt Reagans als neuer US-Präsident im Januar 1981 erklärt werden kann. Zwar hatte auch Carter seine außenpolitische Semantik angesichts der sowjetischen Invasion und des sich zuspitzenden Wahlkampfs deutlich verschärft. Die antisowjetische Rhetorik des Weißen Hauses erfuhr nun unter Reagan aber eine weitere ideologische Aufladung¹⁰⁴. Ähnlich wie Thatcher sah sich Reagan einem Antikommunismus verpflichtet, der mit einer klaren Politik des „Rollback“ die Ausdehnung des Sozialismus weltweit verhindern und den Einfluss der „freien Welt“ ausweiten sollte¹⁰⁵. Dementsprechend pathetisch betonte Reagan bei öffentlichen Ansprachen das Freiheitsstreben der afghanischen Widerstandsbewegungen, deren heroischer Kampf als David gegen den sowjetischen Goliath biblisch unterlegt, glorifiziert und legitimiert wurde¹⁰⁶. So formulierte Reagan beispielsweise anlässlich des dritten Afghanistan-Tags am 21. März 1983: „Zu sehen, wie die tapferen afghanischen Freiheitskämpfer sich mit einfachen Handfeuerwaffen gegen moderne Waffenarsenale stemmen, ist eine Ermutigung für all jene, welche die Freiheit lieben. Ihr Mut ist eine großartige Lektion für uns – dass es nämlich Dinge gibt auf dieser Welt, die es zu verteidigen lohnt.“¹⁰⁷

Auf Seiten der Bundesrepublik wurde ebenfalls mit dem Freiheitsbegriff gearbeitet. Welchen Stellenwert diese Frage in der bundesdeutschen öffentlichen Diskussion hatte, zeigt die Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 16. Juni 1981, ob die Bundesregierung die Auffassung des US-Präsidenten teile, von „Freiheitskämpfern“ oder „Widerstandskämpfern“ zu sprechen, nicht aber von „Rebellen“ und „Aufständischen“¹⁰⁸. In der Tat bemühte sich Genscher, diese Begrifflichkeiten zu vermeiden und stattdessen konsequent von „Befreiungsbewegungen“ zu spre-

¹⁰³ Vgl. beispielsweise Memorandum from the President's Assistant for National Security Affairs, Brzezinski, to President Carter, 9. 1. 1980, Subject: A Long-Term Strategy for Coping with the Consequences of the Soviet Action in Afghanistan, in: FRUS 1977–1980, Volume VI, Soviet Union, Dok. 256; URL: <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1977-80v06/d256> [13. 8. 2016]; Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse, Schenk, v. 28. 1. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 29, S. 173.

¹⁰⁴ Vgl. Dumbrell, *American Foreign Policy*, S. 53–58; Diggins, *Ronald Reagan, und Doug Rossinow, The Reagan Era. A History of the 1980s*, New York 2015.

¹⁰⁵ Vgl. James Cooper, *Margaret Thatcher and Ronald Reagan. A very political special relationship*, London 2012.

¹⁰⁶ Vgl. auch Moser, *Politik auf dem Pfad Gottes*, S. 109.

¹⁰⁷ Ronald Reagan, *Message on Observance of Afghanistan Day*, 21. 3. 1983, in: *Public Papers of Ronald Reagan*; URL: <https://www.reaganlibrary.archives.gov/archives/speeches/1983/32183e.htm> [13. 8. 2016]. Ähnliche Formulierungen finden sich beispielsweise in: Ronald Reagan, *Proclamation 4908, Afghanistan Day*, 10. 3. 1982, in: *Public Papers of Ronald Reagan*; URL: <https://www.reaganlibrary.archives.gov/archives/speeches/1982/31082c.htm> [13. 8. 2016]; Ronald Reagan, *Statement on the Fifth Anniversary of the Soviet Invasion of Afghanistan*, 26. 12. 1984, in: *Public Papers of Ronald Reagan*; URL: <https://www.reaganlibrary.archives.gov/archives/speeches/1984/122684a.htm> [13. 8. 2016].

¹⁰⁸ Alois Mertes, *Anfrage Nr. 42*, in: *Fragen für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Dienstag, dem 16. Juni 1981, Drucksache 9/561*, S. 9; URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/09/005/0900561.pdf> [4. 8. 2016].

chen, um so den legitimen Charakter ihres Handelns herauszustellen und eine indirekte Anerkennung des Karmal-Regimes zu vermeiden¹⁰⁹. In den Akten der Ministerialbürokratie allerdings überwog der Begriff des „Widerstands“ beziehungsweise der „Widerstandsgruppen“, womit auf deren Heterogenität und Zersplitterung verwiesen wurde. Stets betonten das Auswärtige Amt und Genscher persönlich dabei das Recht des afghanischen Volks auf Selbstbestimmung – ein Recht, das den Afghanen ebenso wie der geteilten deutschen Nation zustehe. Diese deutschlandpolitische Einfärbung verlieh Genschers Haltung, insbesondere gegenüber den eigenen Wählern, einerseits ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit. Andererseits barg es neue Gefahren für eine gemeinsame Außenpolitik der EG-Staaten in einem anderen Krisenherd. Der Westen könne, so die übereinstimmende Meinung der Westeuropäer, schwerlich für das Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volks eintreten und gleichzeitig dasjenige der Palästinenser leugnen¹¹⁰. Dies zeigte schlaglichtartig die Schwierigkeiten Bonns und seiner Verbündeten, eine stringente Strategie für die komplexe Konfliktlage im Nahen und Mittleren Osten zu entwickeln.

Auch die französische Regierung nahm Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht, versah dies allerdings unter Rekurs auf ihre eigene Tradition und Geschichte mit revolutionären Untertönen, bei denen der Begriff *rebelle* einen heroischen Beiklang erhielt. Darin spiegelte sich die lange, positiv konnotierte Tradition der Rebellion, des Rechts auf Widerstand gegen Unterdrückung (*la résistance à l'oppression*), welche die französische Geschichte seit der Frühen Neuzeit prägte und in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 sowie in den Verfassungen von 1791 und 1793 ihren Niederschlag fand¹¹¹. Hinzu kam die für das kollektive Gedächtnis Frankreichs und seiner nationalen Identität so zentrale Rolle der *Résistance* im Zweiten Weltkrieg. In der französischen Erinnerungskultur nahm diese zum Mythos überhöhte Widerstandserzählung des französischen Volks gerade angesichts der Kollaboration des Vichy-Regimes mit dem nationalsozialistischen Deutschland einen bedeutenden Platz ein¹¹². Und so ist es kein Zufall, dass in den Akten der französischen Ministerialbürokratie ebenso wie in öffentlichen Statements zum Afghanistan-Konflikt der Begriff der *résistance afghane* besonders präsent war¹¹³.

¹⁰⁹ Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington, dem französischen Außenminister François-Poncet und dem amerikanischen Außenminister Muskie in Wien am 16. 5. 1980, in: AAPD 1980, Dok. 148, S. 776–789, hier S. 780.

¹¹⁰ Télégramme No. 164 de Bruxelles à Paris, 26. 3. 1980, Objet: Conclusion des travaux du SPC sur les consequences de l'affaire afghane, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 455INVA/1975.

¹¹¹ In der Verfassung von 1791 heißt es: „Das Ziel jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung.“ (Art. 2); vgl. Günther Franz (Hrsg.), Staatsverfassungen. Eine Sammlung wichtiger Verfassungen der Vergangenheit und Gegenwart in Urtext und Übersetzung, Darmstadt 1975, S. 305.

¹¹² Vgl. dazu Henry Rousso, *Le syndrome de Vichy (1944–198...)*, Paris 1987.

¹¹³ Bordereau collectif No. 700, 8. 8. 1980, Objet: Résistance afghane, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 2882TOPO/2798.

Ausgehend davon wurde der bewaffnete Kampf des afghanischen Volks gegen das Kabuler Regime und die sowjetischen Besatzer nicht nur als legitim deklariert, sondern als unterstützungswürdig bewertet. Das notwendige Bindeglied, um die in Stammesstrukturen zersplitterte Bevölkerung zum gemeinsamen Widerstand gegen die Aggressoren zu aktivieren, erkannte Paris einmal mehr im Islam. Nicht umsonst war es ausgerechnet der französische Außenminister, der sich im Januar 1980 gegenüber seinen Amtskollegen aus Washington, London und Bonn für den bewaffneten, revolutionären Kampf gegen den Kommunismus aussprach. „Insgesamt müsse angestrebt werden, dass die Sache der afghanischen Rebellen zu einer Sache des Islam werde“, so Dupont¹¹⁴. Neben Waffenlieferungen trat er deshalb auch für eine politische Anerkennung und Einbindung der Widerstandsbewegungen ein, indem er für deren Teilnahme an der Islamischen Konferenz und der Arabischen Liga plädierte. Im Juni 1980 unterstrich Außenminister François-Poncet diese Haltung erneut, indem er nachdrücklich darauf hinwies, wie wichtig es sei, den Widerstand zu unterstützen und eine Mobilisierung der „islamic opinion“ gegen die Sowjets zu erreichen¹¹⁵.

Jenseits dieser unterschiedlichen Interpretationen, die den jeweiligen ideengeschichtlichen und nationalstaatlichen Traditionen folgten und die Legitimität des afghanischen Widerstands in der westlichen Öffentlichkeit untermauern sollten, hatten die westlichen Partner richtig erkannt, dass der Islam das einzig einigende Band der ansonsten heillos zerstrittenen und miteinander konkurrierenden afghanischen Widerstandsgruppen bildete. Die wichtigsten sieben Parteien hatten sich in der pakistanischen Grenzstadt Peshawar niedergelassen¹¹⁶: erstens die fundamentalistische Islamistische Partei Afghanistans (hezb-i islami) unter Führung von Guldbuddin Hekmatyar vom Stamm der Kharot-Ghilzai aus Nordafghanistan; zweitens die Islamische Partei Afghanistans II (hezb-i islami II) unter Yunus Khales, der sich wegen eines Führungsstreits von Hekmatyar abgewandt hatte; drittens die Islamische Gemeinschaft Afghanistans (jam'iat-i islamiye afghanistan) des Tadschiken Burhanuddin Rabbani, die deshalb oftmals als „Tadschiken-Partei“ bezeichnet wurde; viertens die Islamische Revolutionsbewegung (harakat-i enqelab-i islami), die von einem prominenten sunnitischen Geistlichen aus dem Gihlzi-Stamm der Ahmadzai, Maulawi Mohammad Nabi Mohammadi, geführt wurde; fünftens die Nationale Rettungsfront Afghanistans (jebheh-ye melli nejat-i afghanistan) unter Leitung von Sebqatullah Mojaddedi und sechstens die Nationale Islamische Front (mahaz-i melli-ye islami-i afghanistan) von Sayed-Ahmad Gilani, die beide familiär organisiert waren, dem Establishment des „alten“ Afghanistan entstammten und einen traditionalistisch-gemäßigten Kurs einschlugen mit dem Ziel, Mohammed Zahir Schah die Rückkehr

¹¹⁴ Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk, v. 28.1.1980, in: AAPD 1980, Dok. 29, S. 174.

¹¹⁵ Telegram No. 2093 from Washington to FCO, 3.6.1980, Subject: Visit to Washington of French Foreign Minister, in: TNA, FCO 28/4006.

¹¹⁶ Vgl. zum Folgenden Schetter, Kleine Geschichte Afghanistans, S. 108–111, und Ludwig W. Adamec, Dictionary of Afghan Wars, Revolutions, and Insurgencies, Lanham/London 1996, S. 104, S. 120f., S. 145, S. 162, S. 164f. u. S. 188.

auf den Thron zu ermöglichen; siebtens schließlich die erst im März 1980 von Abdul Rasul Sayyaf gegründete Islamische Union für die Befreiung Afghanistans (itehad-i islami bara-ye azadi-ye afghanistan), die ihre Mitgliederbasis – ähnlich wie die rivalisierende Islamistische Partei Afghanistans – vor allem im Stamm der Kharot-Ghilzai fand. Hinzu kamen schiitische Gruppen, die sich im Iran aufhielten, von denen An-Naar (Sieg) mit Mir Hoseyn Sadeqi an der Spitze und die Afghanistan Islamic Movement Association von Asif Mohseni den größten Einfluss besaßen¹¹⁷.

Die Mudschaheddin nutzten die in der afghanisch-pakistanischen Grenzregion errichteten Flüchtlingslager als Rückzugsraum im Kreise der Familie, bevor sie mit neuen Waffen und Nahrungsmitteln ausgerüstet erneut den beschwerlichen Weg über den Hindukusch nach Afghanistan zum nächsten Gefecht auf sich nahmen¹¹⁸. Insbesondere die Peshawar-Parteien begannen je länger umso wirkmächtiger die Lager selbst nach ihren Regeln zu kontrollieren und importierten die ethnischen und interreligiösen Konflikte Afghanistans nach Pakistan. So erfolgte die Verteilung der Hilfsgüter nicht etwa zentral durch die pakistanischen Behörden, die in den Stammesgebieten kaum wirksame Kontrollmöglichkeiten besaßen, sondern durch die rivalisierenden Parteien selbst. Dies hatte zur Folge, dass zunehmend mehr Mittel auch in eigens für Widerstandskämpfer errichtete Lager, die sogenannten Bachelor Camps, flossen¹¹⁹. Dies stellte internationale, der politischen Neutralität verpflichtete Institutionen wie das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) vor erhebliche Probleme¹²⁰. Auch die Bundesregierung diskutierte wiederholt, wie damit umzugehen sei, dass Bonn auf diesem Weg mehr oder minder direkt die islamistischen Milizen unterstützte. Letztlich kam man jedoch zu der Erkenntnis, dass eine plötzliche Reduzierung oder gar die Einstellung der humanitären Hilfe nicht nur zu entsprechender Verärgerung auf afghanischer und pakistanischer Seite führen würde, sondern auch unangenehme Fragen von Seiten der deutschen Medien aufwerfen würde. Dies hätte zur Folge, dass die Bundesregierung öffentlich eingestehen müsste, bislang den Widerstand aktiv unterstützt zu haben, was den offiziellen Kurs der Nichteinmischung und politischen Neutralität in Frage gestellt, den bisherigen diplomatischen Initiativen den Todesstoß versetzt und die Beziehungen zur Sowjetunion weiter verschlechtert hätte¹²¹. Um letzteres unter dem Primat der Entspannungspolitik zu

¹¹⁷ Im Laufe der 1980er Jahre entstanden weitere, überwiegend vom Iran unterstützte Parteien; vgl. Schetter, *Kleine Geschichte Afghanistans*, S. 108–111.

¹¹⁸ Schreiben des deutschen Generalkonsulats in Karachi an die deutsche Botschaft in Islamabad v. 4. 2. 1980, Betr.: Belutschistan, in: PAAA, B 37, UA 34 (ZA), Bd. 113184. Vgl. zum Folgenden auch Fiona Terry, *Condemned to Repeat? The Paradox of Humanitarian Action*, Ithaca/London 2002, S. 55–82, und Rüdiger Schöch, *UNHCR and the Afghan refugees in the early 1980s: Between humanitarian action and Cold War politics*, in: *Refugee Survey Quarterly* 27 (2008), S. 45–57.

¹¹⁹ Schreiben der deutschen Botschaft in Islamabad an das AA v. 18. 3. 1982, Betr.: Dienstreise von RL 301 nach Pakistan v. 11.–15. 3. 1982, in: PAAA, B 45 (ZA), Bd. 146089.

¹²⁰ Vgl. Schöch, *UNHCR and the Afghan refugees*, S. 50–57.

¹²¹ Schreiben der deutschen Botschaft in Islamabad an das AA v. 18. 3. 1982, Betr.: Dienstreise von RL 301 nach Pakistan v. 11.–15. 3. 1982, in: PAAA, B 45 (ZA), Bd. 146089.

vermeiden, entschied das Auswärtige Amt, die bisherige Politik fortzusetzen. Damit trug Bonn durch seine humanitäre Hilfe dazu bei, die Strukturen der Flüchtlingslager zu verfestigen, die je länger umso mehr zu einer Brutstätte künftigen islamistischen Terrorismus wurden.

In Bonn, aber auch in Paris, London und Washington war man sich vollkommen darüber im Klaren, dass die Widerstandsgruppen weder parteiähnliche Strukturen im westlichen Sinne aufweisen konnten noch Ideen und Konzepte für eine demokratische Umgestaltung Afghanistans besaßen. Insbesondere Hekmatyar galt dem Auswärtigen Amt zu Recht als ein besonders radikaler Vertreter. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes infolge des sowjetischen Truppenrückzugs sicherte sich dieser durch eine Übereinkunft mit anderen Rebellenführern die Macht in Kabul und übernahm 1993 für ein Jahr das Amt des Regierungschefs. Als die Koalition zerbrach, machte sich Hekmatyar in den darauffolgenden jahrelangen Machtkämpfen zwischen den rivalisierenden Gruppen, in denen Zehntausende Menschen ihr Leben verloren, wegen seines grausamen Vorgehens einen Namen als „Schlächter von Kabul“¹²².

Rupert Dirnecker, der für auswärtige Angelegenheiten zuständige Mitarbeiter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, allerdings versuchte in einem Bericht an den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Außenpolitik, Alois Mertes, die kritische Sichtweise des Auswärtigen Amts auf Hekmatyar, der sich im Februar 1981 auf Einladung der unionsnahen Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung in Bonn aufhielt, zu relativieren.

„Hekmatyar, der als Vertreter der strengen moslemisch-fundamentalistischen Widerstandsgruppe Afghanistans von manchen Seiten als der ‚afghanische Khomeini‘ apostrophiert wird, erwies sich als besonnener, prinzipiell denkender, ruhig und klug argumentierender Vertreter des afghanischen Widerstandes. Der etwa 40-Jährige entspricht nicht dem von Khomeini geprägten Bild des radikalen Moslemführers, sondern eher dem eines tiefgläubigen, bescheidenen und religiös-toleranten Moslems.“¹²³

Abgesehen davon, dass Dirnecker hier einer nachhaltigen Fehleinschätzung unterlag, verweist der Bericht auf einen wichtigen Aspekt im Krisenmanagement der NATO: die Interdependenzen zwischen dem Iran- und Afghanistan-Konflikt.

Die Einschätzungen, wie es um diese Interdependenzen bestellt sei und wie mit ihnen umzugehen war, gingen in den westlichen Hauptstädten zum Teil weit auseinander. So erklärte der amerikanische Vertreter George Southall Vest auf

¹²² Gulbuddin Hekmatyar, in: Munzinger. Internationales Biographisches Archiv; URL: <http://www.munzinger.de/document/00000020285> [15.7.2015]; vgl. auch Abbas Poya, Afghanistan, in: Ende/Steinbach (Hrsg.), Der Islam, S. 264–277, hier S. 270–274.

¹²³ Diese Aufzeichnung übermittelte Alois Mertes an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Helmut Kohl, verbunden mit der Empfehlung an Kohl, Hekmatyar ebenfalls zu einem Gespräch zu empfangen; Schreiben von Mertes an Kohl v. 4.2.1981, Anhang: Gespräch mit Herrn Hekmatyar, Repräsentant der moslemisch-fundamentalistischen Widerstandsgruppe Afghanistans am 4.2.1981 in Bonn, in: ACDP, Nachlass Mertes, 01–403-164/3.

einem Treffen der vier Politischen Direktoren Ende Januar 1980, der sowjetische Einmarsch in Kabul habe „die amerikanische Politik gegenüber dem Iran zwar kompliziert, insgesamt jedoch erleichtert“, denn sie habe „bei den Führern Irans einen Prozess des Nachdenkens über die Absichten der Sowjetunion in Gang gesetzt“¹²⁴. Washington setzte also darauf, dass in Teheran die Sorge wachse, Moskau könne auch im Iran einmarschieren, um sich den Weg zum Persischen Golf und den reichen Ölquellen im Süden des Lands freizukämpfen. Mit der Perhorreszierung des sowjetischen Expansionismus hoffte man, den antiamerikanischen Kurs Khomeinis abschwächen zu können. Denn im Zentrum der US-amerikanischen Politik stand zweifelsohne die Frage, wie die in Teheran in Geiselhaft genommenen Botschaftsangehörigen befreit werden könnten. Vest forderte die Alliierten deshalb nachdrücklich dazu auf, sich mit den USA solidarisch zu erklären und deren Sanktionspolitik zu unterstützen.

„Die Neigung, in gewissen europäischen Hauptstädten Sanktionen gegenüber dem Iran unter Hinweis auf die strategischen Auswirkungen der Afghanistan-Ereignisse zurückzustellen, werde in Amerika nicht verstanden. Kein demokratisch gewählter Führer könne dies dem amerikanischen Volk erklären.“¹²⁵

Auch Großbritannien sah in der Afghanistan-Krise „eine echte Chance [...], dass Iran sich der sowjetischen Gefahr bewusst werde“¹²⁶. Gerade deshalb aber seien massive Sanktionen zum jetzigen Zeitpunkt kontraproduktiv. Sie würden einen großen Teil der islamischen Länder dem Westen entfremden, die iranische Wirtschaft vollends ruinieren und zu einer Desintegration des Lands führen, wodurch Moskau erst recht ein Anreiz zur Intervention gegeben werde. Dies einmal mehr, als sich Breschnew mit Khomeini auch in Teheran einer Form islamistischen Extremismus gegenüber sehe, der klar antisozialistisch ausgerichtet sei. Der Iran sei daher kein natürlicher Verbündeter Moskaus¹²⁷.

Obwohl auch Bonn und Paris die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens als gemeinsamen Konfliktherd im Auge hatten¹²⁸, bemühten sie sich, die Unterschiede zwischen Afghanistan und Iran in den Vordergrund zu stellen, um die negativen Folgen für Europa in möglichst engen Grenzen zu halten und die Solidaritätsforderungen Washingtons nicht uneingeschränkt erfüllen zu müssen. Bei der Geiselnahme in Teheran gehe es um die Verletzung fundamentaler Prin-

¹²⁴ Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk, v. 28.1.1980, in: AAPD 1980, Dok. 29, S. 174.

¹²⁵ Ebenda, S. 175.

¹²⁶ Ebenda, S. 177; vgl. auch Dimitrakis, *The Soviet Invasion of Afghanistan*, S. 515.

¹²⁷ So die Einschätzung des FCO bereits im September 1979, Letter from D. S. Broucher, Eastern European and Soviet Department of the FCO, 7.9.1979, Subject: Soviet Policy in Iran and Afghanistan, in: TNA, FCO 37/2132.

¹²⁸ Schreiben des deutschen Botschafters in Brüssel (NATO), Rolf Friedemann Pauls, an das Auswärtige Amt, v. 14.5.1980, Betr.: Bericht über die Sitzung des Verteidigungsplanungsausschusses (DPC) am 14.5.1980 unter Teilnahme der Außenminister, in: AAPD 1980, Dok. 145, S. 758–765, hier S. 763.

zipien des menschlichen Zusammenlebens und darum, das Leben amerikanischer Bürger zu retten. Von Afghanistan aber sei der Westen insgesamt betroffen, weil er nachhaltige Auswirkungen auf die Entspannungspolitik und die Ost-West-Beziehungen insgesamt habe¹²⁹.

Trotz dieser unterschiedlichen Auslegung zeigt sich eine Gemeinsamkeit: Im Vordergrund standen geopolitische Überlegungen, die der bipolaren Logik des Kalten Kriegs folgten. Im globalen Wettstreit der Systeme ging es darum, Iran und Afghanistan dem sowjetischen Einfluss zu entziehen beziehungsweise die Kosten für Moskau möglichst hoch zu halten. Der Islam respektive Islamismus als langfristig wirkmächtige Kraft der internationalen Beziehungen wurde nicht in Betracht gezogen. Ebenso wenig wie man Khomeini zutraute, sich dauerhaft an der Macht zu halten¹³⁰, glaubte man an einen Sturz des Karmal-Regimes durch die rivalisierenden Mudschaheddin in Afghanistan: Denn, so ein Aktenvermerk des Quai d'Orsay vom 29. Juli 1980, wegen der Zersplitterung der Widerstandsgruppen sei nicht damit zu rechnen, dass diese eines Tages eine entscheidende politische Rolle spielen würden¹³¹.

V. Fazit

Mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan spitzte sich der Ost-West-Konflikt Ende der 1970er Jahre noch einmal gefährlich zu. Für die NATO-Partner, die die Entwicklung in Kabul seit der kommunistischen „Aprilrevolution“ 1978 kontinuierlich beobachteten und diskutierten, kam die Invasion Moskaus nicht überraschend. Verschieden beurteilt wurden allerdings die Motive des Kreml. Die US-Administration sah hierin einen klaren Beleg für das sowjetische Expansionsstreben in der Dritten Welt mit dem Ziel, sich Zugang zum Persischen Golf und zu den Ölquellen des Nahen und Mittleren Ostens zu sichern, und forderte ihre Verbündeten auf, der amerikanischen Sanktionspolitik gegenüber Moskau solidarisch zu folgen. Die Westeuropäer, insbesondere die Bundesrepublik, erkannten im Vorgehen Breschnews allerdings auch Elemente einer Strategie der defensiven Herrschaftssicherung, die aus ideologischen Gründen einen Sturz des Karmal-Regimes durch die Aufständischen zu verhindern suchte. Dementsprechend warnte Bonn vor einer Politik der Bestrafung und plädierte stattdessen dafür, neben einer klaren Verurteilung der Invasion dem Kreml Anreize für einen baldigen und gesichtswahrenden (Teil-)Rückzug seiner Truppen zu geben.

Neben dieser diplomatischen Strategie, die vor allem ein Übergreifen der Spannungen auf Europa und damit ein Ende der Entspannung zwischen Ost und West verhindern sollte, versuchten die europäischen Partner, insbesondere Auswärtiges Amt und FCO, die Krise durch Zusammenarbeit mit den islamischen

¹²⁹ Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk, v. 28.1.1980, in: AAPD 1980, Dok. 29, S. 176.

¹³⁰ Vgl. Bösch, Zwischen Schah und Khomeini, S. 327.

¹³¹ Note du renseignement, 29.7.1980, Objet: La Résistance afghane: ses possibilites, ses limites, in: AMAE, Direction d'Asie et d'Océanie, sous-série Afghanistan, 2882TOPO/2798.

Staaten der Region zu entschärfen. Neben bilateralen Hilfsleistungen an Pakistan bemühten sich Genscher und Carrington, die OIC und mit ihr die Bewegung der Blockfreien von ihren Plänen für ein neutrales Afghanistan zu überzeugen und als Spieler auf die internationale Bühne zu hieven. Dieser Versuch, den Afghanistan-Krieg aus dem Schussfeld des Kalten Kriegs zu nehmen und zu einem Konflikt zwischen Moskau und den Ländern der Dritten Welt zu erklären, scheiterte nicht zuletzt an deren Heterogenität, ihrem Widerwillen, sich vom Westen instrumentalisiert zu lassen, sowie fehlender diplomatischer Durchschlagskraft.

Konterkariert wurden die diplomatischen und ökonomischen Stabilisierungskonzepte zudem durch die Strategie der NATO-Partner, den überwiegend im pakistanischen Grenzgebiet lebenden afghanischen Widerstandskämpfern politische und vor allem militärische Unterstützung zu gewähren. Ziel der westlichen Waffenlieferungen war keineswegs ein schneller Sturz der kommunistischen Regierung. Vielmehr war der in den NATO-Gremien und zwischen den Außenministern offen diskutierte Zweck dieser Strategie, die Sowjetunion in einen lang andauernden Guerilla-Krieg zu verstricken, um deren wirtschaftliche und militärische Ressourcen dauerhaft in Afghanistan zu binden.

Beide Teile dieses Krisenmanagements – der diplomatische wie der militärische – beruhten auf der Prämisse, durch Appelle an die islamische Solidarität der heterogenen OIC-Staaten, inklusive Teherans, einerseits und der zersplitterten Widerstandsgruppen andererseits ein schlagkräftiges Instrument gegen den atheistischen Kommunismus afghanischer und sowjetischer Prägung formen zu können. Von nachgeordneter Bedeutung erschien in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass es sich bei den OIC-Mitgliedern ebenso wenig um demokratische Kräfte handelte wie bei den radikal-islamischen „Befreiungsbewegungen“.

Gegenüber der westlichen Öffentlichkeit leugneten die NATO-Partner Waffenlieferungen jedweder Art, um dem Vorwurf der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans zu entgehen. Gleichzeitig unterstrichen sie die legitimen Interessen der islamistischen Aufständischen und damit die Rechtmäßigkeit ihrer eigenen politischen Unterstützungsstrategie. Dabei wurde gerade von britischer und amerikanischer Seite dezidiert hervorgehoben, dass die extremistischen Islamisten westliche Werte wie das Recht auf Selbstbestimmung und Widerstand sowie das Streben nach Freiheit vor Unterdrückung und damit auch die Freiheit des Westens selbst im Kampf gegen den Kommunismus verteidigten. Ernsthafte Sorge, dass ein solches, von radikalen Kräften getragenes Bündnis tatsächlich einmal eigene Wege gehen und sich gegen die westliche Welt richten könnte, ist in den Akten nicht erkennbar. Dies erscheint umso paradoxer, als im Iran, dem unmittelbaren Nachbarstaat Afghanistans, seit dem Machtantritt Khomeinis durch dessen offen antiamerikanische Politik und die anhaltende Krise um die Botschaftsgeiseln ein solches Szenario durchaus im Bereich des Möglichen zu liegen schien. Ursächlich hierfür war die nachhaltige Fehleinschätzung der NATO-Partner, dass sich der Islam zwar als kurz- bis mittelfristiges Instrument politisch-militärischer Mobilisierung eignete, nicht aber als Grundlage dauerhafter politischer Machtausübung. Dementsprechend sprachen sie Khomeini ebenso wie den afghanischen Aufständischen das Potenzial ab, sich langfristig als

politische Kraft etablieren und an der Macht halten zu können. Stattdessen dominierte das Denken in den Kategorien des Ost-West-Konflikts, das alle islamischen Kräfte – ob nun extremistisch oder gemäßigt – als strategische Verbündete im Kampf gegen den Kommunismus ansah. Das Krisenmanagement im Afghanistan-Konflikt spiegelt damit beispielhaft, wie sehr die westliche Politik die Religion als eigenständigen Faktor der internationalen Beziehungen unterschätzte und stattdessen den ideellen Beharrungskräften des Kalten Kriegs und seinen bipolaren Denkschablonen verhaftet blieb – eine Fehlperzeption mit nachhaltigen Konsequenzen bis in die Gegenwart.